

Volkstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Otto Karsten, Magdeburg. — Herausgeber: Karl Panitz, Magdeburg. — Druck und Verlag von B. Fannius & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Erscheinungszeit: Anfangs für Jäger Nr. 1567, für die Nebenaktion Nr. 1744, für den Berliner und die Gründerzeit Nr. 981. — Postabstempelung 2. Nachtrag, Seite 110. — Beauftragt: Von 16. bis 30. September 1.000 Mark, Abholer 0.00 Mark.

Abrechnungspreise in Goldpfennigen: Die 10gepflanzte, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile östlich 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeige 12½ Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreieckige 10gepflanzte 30 Millimeter breite Nellamexzeile östlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4.20. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plakatdruckereien keine Gewähr. — Postabrechnung Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 221.

Magdeburg, Sonnabend den 20. September 1924.

35. Jahrgang.

Mussolini wanft.

Die Industriellen verlassen ihn.

Der Stern der Faschisten ist im Zinken. Mussolinis Chron wanft. Seit der Liebling unserer Völkischen und Deutschnationalen, Poincaré, hat weichen müssen, friszt an jedem teutonischen Herzen die nagende Sorge um das Schicksal der letzten ragenden Säule heidisch-völkischer Politik. Auch Mussolini muss den Kräften weichen, die Europa in den allgemeinen Strom jüdisch-kapitalistischer Entwicklung ziehen.

Kein Wunder, daß die feinen Denker unserer völkischen Bewegung mit Trauer und Schmerz darüber nachsinnen, woran es liegen mag, daß auch diese leuchtende Siegfriedsgestalt den Mächten der Finsternis zum Opfer fällt. Woran kann es liegen? Natürlich nur an den Juden! Juden sind es, die Mussolini umstritten haben, Juden sind es, die mit goldenen Nehen den allgewaltigen Diktator umfangen und ihn in den Abgrund zerten.

Das Leibblatt Wulles und Graeves vermittelte uns die Kenntnis der schenflichen jüdischen Machenschaften, denen Mussolini zum Opfer fällt. Man liest und staunt:

Die Mitarbeiterin Mussolinis, Margherita Sarfatti geborene Graffini — eine Südin aus Venedig —, bot Mussolini in den trüben Zeiten unmittelbar nach den Friedensschlüssen zunächst die finanzielle Hilfe eines gewissen Goldmann, Baumwollhändlers aus Mailand, an. Doch Mussolini wandte sich bald brüstlich von ihm ab, nicht weil er Jude war, sondern weil Goldmann als Gegenleistung eine gewisse Einflussnahme auf Mussolinis Blatt forderte, wozu letzterer absolut nicht zu haben war. Gleichzeitig jadelte sie die Freundschaft Mussolinis mit einem anderen Juden, Albo Finzi, ein, dem späteren Staatssekretär des Innen, der dem großen Rösselsprung von Iugoslavien in der Matteotti-Affäre nahezu zum Verhängnis geworden ist. Finzi gab ihm zwar aus Eigentum keinen Heller, verschaffte ihm aber in Gemeinschaft mit andern Juden des Industriellen-Verbandes aus dem Fonds des letzten jene 88 Millionen Lire, mit denen Mussolini seinen Marsch auf Rom vorbereitet hat.

Nicht genug mit dem Juden-Trio Goldmann-Sarfatti-Finzi, sehten sie ihm noch einen vierten Juden zur Seite: den Ingenieur Bersellini (sein Vater ist der Direktor des Mailänder Finanzblattes „Il Sole“), der schon als Emir der jüdischen Reichs im Ausland eine Rolle gespielt hatte und der vom Industriellenverband Mussolini zur Kontrolle der Herausgabeung der 88 Millionen beigegeben worden war.

Mit diesem so ausgiebig auch von Juden beschafften, von Juden kontrollierten Gelde stürzte Mussolini die Regierung, riß selbst die Macht an sich und vernichtete damit alle Chancen des im italienischen Norden drohenden kommunistischen Umsturzes. Damit waren die Interessen der Großindustriellen gerettet, und Mussolini befand von jenem Moment an von dieser Seite keine weiteren Geldunterstützungen mehr. Mussolini aber, der von nun an Ministerpräsident war, ging es mit seinen faschistischen Organisationen, für die der Staat kein Geld hatte, neuerlich recht schlecht.

Da spielten die Juden, die Mussolinis Zwangslage sehr gut kanteten, die große Karte aus. Finzi flüsterte Mussolini zu: „Was bedeutet für Sie ein Goldmann? Was ein Bersellini? Sie müßten mit den ganz Großen gehen!“ Und so brachte Finzi die Verbindung mit Doepli, dem Direktor der „Banca Commerciale“ in Mailand, mit dem jüdischen Senator Delta Torre, dem Eigentümer des „Secolo“ und Direktor des „Banco Pisa“, sowie mit dem Commandatore Ucelli, dem jüdischen Leiter des „Slopp Triestine“, zusammen. Mit der Annahme der von dieser Finanzgruppe dem Faschismus gebotenen reichlichen Geldmittel war und blieb Mussolini in starker Abhängigkeit vom jüdischen Gelde.

Als darauf erfolgte (Herbst 1923) jene aufsehenerregende Erklärung Mussolinis an eine bei ihm erschienene zionistische Deputation, wonach „der Faschismus keinesfalls antisemitische Tendenzen verfolge“ — neben den glänzenden Geschäften, die das Trio Doepli-Delta Torre-Ucelli mit dem Staat fürderhin machen — die Gegenleistung Mussolinis.

In diesem Stile geht es endlos weiter. Überall wimmelt es von jüdischen Beziehungen. Jüdische Damen tauchen auf, jüdische Banken vermitteln das Geschäft mit Sowjetrußland, mit den Juden geht die Zensuren-propaganda Hand in Hand, kurz und gut: rettungslos, hoffnungslos ist der große Mussolini dem jüdischen Kapital verfallen.

Und nun kommt der letzte Schlag. Der italienische Industriellenverband kündigt Mussolini die Freundschaft. In einem offiziellen Schriftstück, in einem Memorandum, das sein Vorstand dem Diktator jetzt überreicht hat.

In diesem Memorandum bedenken die Industriellen den Schaden hervor, den die unfaire politische Lage und die ständige politische Gereiztheit der Wirtschaft aufzufügen. Diese Spannung bleibe nicht ohne Rückwirkungen auf die Arbeiter. Die Wehrheit der Arbeiter sei dem sozialistischen Gewerkschaftsbund treu geblieben. Die von den faschistischen Gewerkschaften unter dem Druck der Regierungspartei organisierten Minderheiten bringen die Industriellen in Verlegenheit. Die Industriellen fragen deshalb die Regierung, wie die Verhältnisse geordnet werden können, solange die gewerkschaftliche

Organisationsfreiheit durch die Einmischung der herrschenden Partei zunehme gemacht werde.

Auf Grund seiner Erhebungen hat der Industriellenverband folgende Forderungen aufgestellt:

1. Normalisierung der politischen Lage und Wiederherstellung des Vertrauens im In- und Ausland im Rahmen der Verfassung.

2. Unbedingte gewerkschaftliche Organisationsfreiheit ohne jeden Druck oder Einmischung der politischen Gewalt und Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Presse- und Versammlungsfreiheit, die eine notwendige Gewähr für die friedliche Entwicklung des nationalen Lebens bedeuten.

3. Die staatliche Lösung der Milizfrage als Grundbedingung für die Normalisierung.

Für unsere völkischen und sonstigen teutonischen Dichtschädel ist die Abkehr der Industriellen natürlich allein auf jüdische Machenschaften zurückzuführen. Dabei zählen die Juden im Industriellenverband überhaupt nicht mit. Die Masse ist streng katholisch. Aber sie sind Kapitäne und haben eine feine gerade Nase für die Sabotage, die die Diktatur ihrem Geschäft zufügt. Sie erkennen deutlich, daß die Gewaltpolitik Mussolinis und korrupte Herrschaft des Faschismus der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens die schwersten Hemmnisse bereitet. Deshalb verlassen sie jetzt den einst Gefeierten und fordern ihn auf, schlägt der Diktatur ein Ende zu machen und in die verfassungsmäßigen Bahnen zurückzufahren. Mit andern Worten: vom Schauplatz zu verschwinden und aufrechten Demokraten Platz zu machen.

Die absurde Vorstellung, daß ein modernes kapitalistisches Land mit den Methoden des absoluten Polizeistaates regiert werden könnte, ist eben durch die Entwicklung in Italien schlagend widerlegt worden. Jetzt verlangen die Industriellen selbst, daß nicht nur die Demokratie und die verfassungsmäßigen Freiheiten wiederhergestellt, sondern daß auch unbedingte gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, ohne jede Einmischung der politischen Gewalt gewährt werde. Diese Forderung bedeutet die Preisgabe des Grifffes der Diktatur und die unumwundene Anerkennung des Sieges der italienischen Arbeitersklasse, die selbst nach dem Geständnis des Industriellenverbandes in ihrer Mehrheit dem sozialistischen Gewerkschaftsbunde treu geblieben ist.

Die italienischen Industriellen erheben diese Forderungen aus der Erkenntnis heraus, daß die italienische Wirtschaft zugrunde gehen muß, wenn der sozialistischen Arbeiterschaft nicht die erforderliche politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit gewährt wird. Die Diktatur hat durch ihr blindes Wüten, das den Interessen des modernen Staates und Wirtschaftslebens widerspricht, selbst den Boden untergraben, auf dem sie errichtet wurde.

Unsre völkischen und deutschnationalen Maulaufrührer erkennen diese Zusammenhänge nicht. In ihrer stupiden Unwissenheit ist der Jude an allem schuld. Wie lange und wie bleiben in ihrem eignen Lager bei der jüdischen Großmutter nicht stehen, sondern gehen weiter und behaupten, daß auch die deutschen Völkischen in der Hand jüdischer Schächer sind. Was Mussolini reicht ist, muß den etwaigen völkischen Diktatoren doch billig sein.

Und inzwischen geht die kapitalistische Entwicklung ungestört ihren Gang. Sie erledigt all die Maulwürfe, die an ihr herumhingen, unter dem Riesengewicht ihrer Damwälzen. Sie beseitigt auch einen Mussolini, das leuchtendste Vorbild der deutschen Mächtigerdiktatoren, und damit diese Harlekin selber. —

Hundert deutschnationale Revolver.

Am Donnerstag waren die Vorsitzenden der deutschnationalen Landesverbände in Berlin versammelt, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen. Es waren die gleichen 42 Landesverbandsvorsitzenden, von denen sich am 27. August, also zwei Tage vor der Abstimmung, 39 in schärfster Weise für ein unbedingtes Nein gegenüber den Domes-Gesetzen aussprachen. Das haben sie inzwischen vergessen, denn in der am Donnerstag abgehaltenen Tagung wurde dem Parteidirekten Hergt zwar kein ausdrückliches Vertrauensbotum gegeben, aber auch kein Misstrauen gegen ihn ausgesprochen.

Die Landesvorsitzenden haben vielmehr ihre Enttäuschung über den Umfall der Fraktion eingestellt und sich als deutschnationale Männer mit den gegebenen Tatsachen abgefunden. Auch sie sind umgefallen, wie ihre

Faktion und ihre Parteileitung unwillig. Denn sie haben sich in einer Entschließung der von der „schwachen“ Parteileitung geforderten Politik einmütig angeschlossen.

Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Einemütig ist die Versammlung der Vorsitzenden der Landesverbände gewillt, die Gesamtheit der Partei zu wehren; sie ist die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung Deutschlands im nationalen Sinne. Die Versammlung billigt es, daß die Deutschnationale Volkspartei in die Reichsregierung eintritt, falls die Partei in dieser Regierung maßgebenden Einfluß erhält. Gelingt das nicht, so muß die Partei in die schärfste Opposition gegen die Reichsregierung eintraten.

Den maßgebenden Einfluß werden die Deutschnationalen nicht mehr erhalten. Sie haben ihn sich durch ihre Unzulänglichkeit und Spaltungsabsichten verschärft. Nicht einmal Stresemann und Benes können jetzt daran denken, ihnen das Reichskanzleramt und andre wichtige Ministerstellen auszuliefern. Aus dem ersehnten volksparteilichen Bürgerblock wird einjewen nichts.

Bleibt noch die „schärfste Opposition“. Angesichts dieser Drohung macht der „Vorwärts“ folgende Rechnung auf:

Die vereinte deutschnationale Kommunisten ist schärfste Opposition, „mit allen Mitteln“ arbeitende Opposition wird rund 200 Mann stark sein. Die in letzter Zeit etwas brüchig gewordene „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ zählt im ganzen 187 Mitglieder oder, wenn man die Bayrische Volkspartei dazu rechnet, 158. Die Parteigruppierung der Mitte, auf die sich die Regierung stützt, wird also einer beträchtlichen Übermacht gegenüberstehen. Auf eine dauernde Unterstützung der Sozialdemokratie kann sie ohne eine gründliche Umstellung der äußeren und inneren Politik nicht rechnen.

Die Regierung und die Parteien der Mitte werden daher jürgfältig überlegen müssen, welche Folgen sich aus dem Beschuß der Deutschnationalen für ihre Lage ergeben. Sie könnten daran denken, die Macht an die Opposition abzutreten, wenn diese Opposition mehrheitsbildend wirken könnte. Aber trotz aller Annäherungen, die sich schon vollzogen haben, läßt sich eine deutschnational-kommunistisch-deutschnationalsozialistische Regierung — Schröder-Zinnes, Vondendorff-Reichswehr — einsweilen noch nicht recht vorstellen.

Die Deutschnationalen hoffen, durch „schärfste Opposition“, durch rücksichtslose Demagogie ihre Schande verdecken und die Lage wiederherstellen zu können. Sie sind fopelhaft genug, diese Absicht öffentlich anzukündigen. Sie rechnen damit, daß man auch auf der andern Seite gutmütig genug sein wird, ihnen für dieses Manöver Zeit zu lassen.

Die Regierung Marx sieht hundert parlamentarische Revolver der Deutschnationalen auf sich gerichtet, denen sich die gleichartigen Hilfsmittel der Verbündeten von rechts und links zugesellen. Sie kann der Opposition die Waffe aus der Hand schlagen durch eine Reichstagsauflösung. Wird sie es tun?

Wir glauben, sie wird es tun, weil schließlich gar nichts andres übrigbleiben wird, aber wir fürchten, sie wird es so spät und ungeachtet tun, daß sie selber einen durchschlägenden Erfolg vereitelt, der einem rechtzeitigen, klaren, entschlossenen Handeln gewiß wäre.

Aber wie dem auch sei, für die Sozialdemokratie wird es immer heißen: „Der Feind steht rechts!“ —

Völkischer Reisfall in Thüringen.

Die völkischen Heer gegen den Sozialdemokraten und Staatsbankpräsidenten Löb in Thüringen haben einen glänzenden Reisfall erlitten. Löb hatte, um der elenden Heer die Spitze abzuhören, selbst beantragt, eine Revision der Staatsbank vorzunehmen. Diese Revision hat stattgefunden. Die Regierung läßt nun mitteilen, daß die Revision nichts ergeben hat, was die Kreditfähigkeit der Bank in Frage stellen könnte.

Damit durfte der Vorsitz gegen Löb vorläufig erledigt sein. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit scheint aber noch immer nicht gesprochen zu sein.

Den Völkischen gönnen wir die Blamage, in welche sie sich mit der Regierung teilen können, die im Schlepptau der Völkischen segelt und ungestört Misstrauen gegen einen ihrer ersten Begatten läßt. —

Leinert zusammengebrochen.

Der Oberbürgermeister von Hannover, Genosse Leinert, hat bekanntlich die Unterschrift unter den Pensionssvertrag mit der Bürgerblockmehrheit zurückgezogen. Das Schreiben, das er zu diesem Zweck an den Magistrat der Stadt richtete, hat folgenden Wortlaut:

„Aus Anlaß des mein Ausscheiden aus dem Amt betreffenden Abkommens vom 2./4. September 1924 hat in der Öffentlichkeit und auch in der Presse eine derartig verlebende und entstellende Schrift eingefest, daß ich — zumal sie sich ausschließlich gegen meine Person richtet und mir unsätere und eigenhüttige Beweggründe unterschlägt — gezwungen bin, folgende Erklärung abzugeben:

Das an mich gestellte, mich völlig überraschende Ansinnen, mein Amt zum 1. Oktober 1924 gegen Weiterzählung meines Diensteinkommens zur Verfügung zu stellen, ist, das sei ein für allemal festgesetzt, von den Vertretern des Ordnungsblocks und anderer rechtsgerichteten Gruppen ausgegangen.

Nachdem bereits durch das Abbauverschren, insbesondere durch die verlebende Begründung des Abbaubeschlusses vom 4. Juli 1924 meine Macht auf eine harte Probe gestellt worden war, haben die Reicher des Vertragsangebots mich wissen lassen, daß sie den gegen mich im Gange befindlichen Kampf mit schärfsten Mitteln hemmungslos fortführen würden, um zu erkennen geben, daß sie nicht nachlassen würden, ehe sie ihr Ziel, mich zu besiegen oder unmöglich zu machen, erreicht hätten.

Das Urteil über ein solches Verfahren, auf meine Entschlüsse einzutwirken, überlaßt ich getrost allen gerecht und billig denkenden Kreisen.

Durch die mir gegenüber ausgesprochene Drohung war mir klar geworden, daß meine Gegner von der Rechtsmandatsgemeinschaft kein Mittel zur Durchführung ihrer politischen Machtauftritte unverzüglich lassen würden, wenn ich nicht auf ihr Angebot, dessen geldliche Tragweite für meinen damaligen Entschluß gänzlich bedeutungslos war, eingehen würde. Ja stand daher — das betone ich an dieser Stelle mit aller Schärfe — unter einem starken inneren, von der Gegenseite absichtlich erzeugten Zwang und habe unter diesem Drude, den die Gegner durch die Mitteilung von der Absicht eines neuen Abbaubeschlusses glaubten noch verstärken zu können, meine Unterschrift geleistet.

Nachdem ich am Sonnabend von einer Vorstandssitzung des Preußischen Ständetags, die mich vom 6. bis 12. d. J. von Hannover fernhielt, aus Gleiwitz zurückgekehrt war, habe ich aus der Presse und mir gewordenen Berichten erkennen müssen, in welcher Weise sich die Vereinbarung ausgewirkt, insbesondere welche Beurteilung sie gefunden, und wie man sie zum Anlaß genommen hat, meine Person in verlebender Weise herabzuwürdigen.

Ich will die Verleumdungen, die gegen mich und hinsichtlich meiner Beweggründe ausgestreut worden sind, aus Reinheitsgründen hier nicht wiederholen. Sie beruhen darauf, daß man gesellschaftlich ausgestreut hat, ich und nicht die Rechtsmandatsgemeinschaft hätte die Akteure zu dem Vertrage gegeben, ich hätte mich somit für Geld verkauft.

Es bedarf keiner Ausführung, daß es sich bei diesen Anwürfen um die gewissenlose Ehrabscheide handelt, die einem Menschen, gleichviel in welcher Stellung er sich befindet, zugesetzt werden kann. Ich bin keineswegs gewillt, mich hiermit widerprüchlich abzurunden.

Eine Widerlegung dieser Anwürfe in der Öffentlichkeit scheint mir nicht anders möglich zu sein, als daß ich nunmehr durch die Tat beweise, wie wenig Einfluß die in dem Vertrage gegenüber dem jetzigen Zustand mit zugebilligten Vorteile auf meine Entziehung gehabt haben.

Ich ziehe deshalb meine Unterschrift unter dem Vertrag vom 2./4. September 1924 zurück und halte mich nicht mehr an ihn gebunden.

Dieser Willenserklärung liegen lediglich die mit meiner persönlichen Ehre zusammenhängenden, oben gekennzeichneten Motive zugrunde. Unberührt bleiben die sonst noch bestehenden materiellen und formellen Gründe, die wahrscheinlich ohnehin die Wirkungslosigkeit der von meinen Vertragsgegnern formulierten Vereinbarung zur Folge haben müßen; wobei im Augenblick die dem öffentlichen Recht angehörende Frage ungeprüft bleiben mag, ob die Vertreter der Rechtsmandatsgemeinschaft, die mit den Verträgen angeboten haben, zur Entgegennahme meiner Erklärung überhaupt legitimiert gewesen sind.

Dieser Brief war kaum abgesandt, als Leinert einen Nervenschlag erlitt. Auf dringendes Anraten seiner Freunde mußte er sich in eine Heilstätte begeben. Die Genesung wird vermutlich längere Zeit in Anspruch nehmen.

Kleines Fenilleton.

Kirchenkonzert.

Gis Klenzert sang am Mittwoch abend in der Petrikirche. Es war zu wohltönigen Zwecken veranstaltet und erworb damit für die Armut das Ereignis. weichwollende behandelt zu werden. Der Organist Walter Bötticher bereitete eine für die Orgelbank der Petrikirche ungewöhnliche Leistung, die sich schon in der Sonate von Carl Maria von Weber zeigte, auch in dem Orgelstück von Kurt Eisler zu erkennen war. Eins bleibt für den Organisten aber noch eine offene Frage: die Dynamik seiner Vorträge und die Wahl der Register. Die Langhaarmen des Programms bestreitet der Sängerjäger Ferdinand Kolb, der ja u. a. an Mendelssohns Arie „Es ist ganz“ besucht. Das tollig Eindrückliche seines Vortrags, dem die Orgel Vortrag leistete, muß verzögert werden, wenn der Sänger zu einer Rührung gelangen will. Zu loben war die disziplinierte Regimentsmusik. Die Violine spielte Fritz Grob mit leidlichem Gelingen. Man sollte aber nicht klassisch begleiten. Jeder geistliche Organist muß eine Begleitung ermöglichen übertragen können. Auch der Kirchenchor ließ sich hören, und dem Dirigenten Walter Kriegelie muß Anerkennung gesollt werden. Die Vorträge waren nicht leicht, und wenn auch die Stimmen nicht immer angedeutet waren, wie die achtstimmige A-cappella-Kammer erkennen ließ, so zeigte sich doch Reinheit des Tonos und Einfühlung im Vortrag.

Der verböde Zusammenbruch ist begreiflich. Seit Jahren geht der Kampf gegen Leinert unausgesetzt. Die Reaktionäre in der Kommission beteiligen sich in gleicher Weise an der persönlichen Verfolgung. Im Landtag gab die Kanz und Genossen durch ihr Resseltreiben ein Beispiel von der Art, wie man in Hannover gegen Leinert vorgeht. Dort verfolgte ihn neben Kanz auch der zähe frühere Oberbürgermeister Tramm mit seinem Sohn. Dazu gesellte sich in den letzten Monaten das Resseltreiben des sogenannten Ordnungsblocks und der Hannoveraner.

Die näheren Freunde Leinerts wußten schon seit langer Zeit, wie sehr diese ständigen ehrenrührigen Angriffe an den Nerven und an der Gesundheit des scheinbar so stark konstituierten Mannes zehrten. Der widerlichen Geze, die sich in den letzten Wochen mit ihrer ganzen brutalen Gewalt ausstobte, war Leinert nicht mehr gewachsen. Er ist zusammengebrochen, und die Männer vom Ordnungsblock mögen triumphieren: Wir haben es geschafft!

Unständige Gegner werden sich angewidert von diesem Schauspiel eines bis zur letzten Strohigkeit gesteigerten politischen Kampfes abwenden. —

Wahlkrieg in Schlesien.

In einer Wahlversammlung der Demokraten in Hindenburg kam es zu wütenden Ausschreitungen und zur Sprengung der Versammlung. Eine große Anzahl Wohlhaber war zu dieser Versammlung körperlich erschienen, ausgerüstet mit Schlaginstrumenten, Pfastersteinen und andern gefährlichen Waffen. Lediglich der während der Versammlung erschienene Saalschutz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vermochte den ungestörten Verlauf des Referats zu sichern.

Nachdem die Deutschböhmischen und Deutschnationalen einige Diskussionsredner vorgeschickt hatten, wurde die Versammlung in wütster Weise gesprengt. Die nationalen Rotodis fielen mit Gummischläuchen, Pfastersteinen, andern Schlaginstrumenten und Wurfgeschossen über die Versammlungsteilnehmer her.

Nach dem Vorstandsstich und dem Referenten wurden Bierseidel, Stuhlbänke und die Teile eines in Trümmer getretenen Tisches geschleudert. Das Reichsbanner griff zum Schutze der Überfallenen energisch ein, da die Schupolizei zunächst nicht zur Stelle war.

Nach einer demokratischen Versammlung in Beuthen, die ebenfalls nur unter Reichsbanner zu Ende geführt werden konnte, entstand auf der Straße eine Schlägerei mit Wohlhabern, wobei es Verwundete auf beiden Seiten gab.

Am Sonntag finden die Wahlen zum Reichstag in Schlesien statt. Von einem Wahlkampf kann nach dem Auftreten der Wohlhabenden nicht mehr gesprochen werden, sondern von einem Wahlkrieg. Die Geistlosen nehmen ihre Zuflucht zum Prügel und müssen leider mit denselben Mitteln zur Vernunft gebracht werden. —

Die neue Städteordnung.

Der Landtagsschluß für die Verwaltungsreform beendete am Mittwoch und Donnerstag die dritte Lesung der preußischen Städte- und Landgemeindeordnung.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion traten vergebens für die Belebung der Bestätigungsrechte bei der Wahl von Bürgermeistern und Stadträten ein. Auch die sozialdemokratische Forderung, die Bildung von Bürgermeistereien künftig nicht mehr von der Bestätigung einer qualifizierten Mehrheit des Provinziallandtages abhängig zu machen, fand keine Mehrheit, und so wird es auch weiterhin besonders im Osten Preußens schwer sein, leistungsfähige Gemeinden zu leistungsfähigen Gemeindeverbänden zusammenzufügen. Ebenso scheiterte ein sozialdemokratischer Antrag, der die indirekte Wahl für Bürgermeistervertretungen bezeitigte wollte.

Die Städteordnung soll am 1. April 1925 in Kraft treten, und im Anschluß daran sollen ein halbes Jahr später Gemeindewahlen in Preußen durchgeführt werden. —

Zu Mantua in Banden . . .

Die „Fränkische Tagesspost“ in Nürnberg meldet: Es vergeht kaum mehr ein Tag, der nicht neues Material bringt, welches Sorte Menschen in der völkischen Bewegung „Führer“ spielt. Wir können dem Urteil der Öffentlichkeit einen neuen Fall unterbreiten, aus dem unerbittlich hervorgeht, mit wieviel Recht unsre Bölsche nach einer moralischen Säuberung Deutschlands schreien dürfen.

Vor kurzem wurde gemeldet, daß im Germanischen Museum wertvolle Stücke aus der Handschriften- und Siegelsammlung gestohlen und an Alttumshändler verkauft worden sind. Als Dies wurde ein Angestellter des Germanischen Museums festgestellt, dessen Name und Beamtenstellung die Polizei aber schamhaft verschwiegen, ein Umstand, der sofort auffallen mußte. Wir sind der Sache folglich nachgegangen und konnten folgende Tatsachen feststellen:

Zu einem hiesigen Antiquitätenhändler kam eines Tages ein Mann und bot wertvolle Siegel sowie Handschriften von Andreas Hofer an. Dem gewiegten Geschäftsmann kam das Angebot gleich nicht recht geheuer vor, weshalb er den Veräußerer an einen jüngeren Konkurrenten verwies. Dieser kaufte auch einige der angebotenen Stücke und gab wegen der Briefe Andreas Hofers den Rat, sich doch an das Tiroler Heimatmuseum in Innsbruck zu wenden, das sicher Interesse für diese Briefe hätte. Das geschah auch, und so wanderten die Briefe Andreas Hofers nach Innsbruck. Kurze Zeit darauf wurden dem Germanischen Museum die gestohlenen Siegel und Briefe angeboten, was zu einer Nachsuche in der betreffenden Abteilung des Museums führte. Dabei zeigte sich, daß die Siegel herausgeschüttet und die Briefe entwendet waren, so daß also dem Germanischen Museum seine eigenen Stücke zum Kauf angeboten worden sind.

Nun folgte rasch die Klärung der Zusammenhänge. Als Dies wurde der Angestellte Kunz enttarnt, der auch unter der Wucht der Beweismittel seine Täterschaft zugestand. Dieser Kunz ist ein böhmischer Hauptmann am pfahl, Oberleutnant d. L. und Kompanieführer der Reichsflagge. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit schimpfte dieser ehrenwerte Mann über die Republik und über die Sozialdemokratie, an denen er kein gutes Haar ließ: Um die Zeit, als er seine Dicke in das Germanische Museum bringt, fand die Gedächtnissfeier für die Toten des Weltkrieges statt. Am Vorabend dieses Sonntags äußerte sich der Reichsflaggenführer Kunz über diese Feier in folgenden Worten: „Die rote Gesellschaft hat schon wieder einen Aufzug vor. Wir (die Reichsflagge) stehen aber auf dem Posten und werden ihnen schon heimzahlen.“ Aber Kunz fand auf dem Südfriedhof kein Feld für seinen völkischen Tatendrang, und weil doch etwas geschehen mußte, ging er hin und stahl die Briefe Andreas Hofers.

Wie wir weiter in Erfahrung gebracht haben, wurde diesem feinen Oberleutnant d. L. erst vor kurzem das Eiserne Kreuz 1. Klasse tatsächlich verliehen, angeblich auf Betreiben der Vaterländischen Verbände, die sich anscheinend nunmehr auch mit Ordenübermittlung beschäftigen. Die Heldentaten des Kunz im Kriege müssen doch recht lange unbekannt gewesen sein, sonst hätte er das Eiserne Kreuz 1. Klasse kaum erst sechs Jahre nach Beendigung des Krieges nachgeworben bekommen. Es versteht sich von selbst, daß Kunz bei jeder vaterländischen Feier mit in vorberührter Reihe stand und für einen vorbildlichen Patriot gehalten wurde.

Als Notpolizist hat sich dieser Museumsdieb natürlich auch gegen die Arbeiterschaft betätigt. Nach Mitteilungen soll Kunz noch bis in die letzten Tage bei der Reichsflagge als Kompanieführer Dienst getan haben, wahrscheinlich, weil man geglaubt hat, der ganze Skandal ließe sich vertuschen.

Um das Charakterbild des Reichsflaggenführers und Briefes dieses Kunz abzurunden, sei noch erwähnt, daß er nach seiner Enttarlung einen der Leiter des Instituts, das er bestohlen hat, tüchtig bat, ihm doch wenigstens eine kleine Pension zu verschaffen.

Das sind die Leute, die uns wieder den alten „herrlichen Zeiten“ entgegenführen wollen.

unbillige politische Kündgebungen seiner Mitglieder: Hier hätte er wieder einmal Gelegenheit zum Einschreien.

Etwas besonders Herziges haben sich aber die Quedlinburger geleistet bei der Einweihung des Denkmals für die gefallenen 1863er. In der Lokalpresse liest man:

Am 26. und 27. Juli fand in Quedlinburg die Feier statt, am 26. im „Kaisersaal“ der Begrüßungsabend. Die Quedlinburger sind stolz auf ihre ehrwürdige Vergangenheit und pflegen bei großen Feierlichkeiten ihre Gäste durch ihre hervorragendsten „Geister der Vorzeit“ begrüßen zu lassen. So auch diesmal. Der Kürassier von Mars-la-Tour (Reiterdenkmal am Bahnhof) brachte die Grüße der Großen Armee im Auftrage seines Regimentskommandeurs Grafen von Schmettow . . . Auch der Raubgraf Albrecht II. von Regenstein hatte sich bewegen lassen zu kommen, zusteckte aber zurück, als er Quedlinburger im Saale sah, die Nachkommen derer, die ihn einst auf ihrem Rathause in den Kerker gesperrt hatten. Doch der schöne Gräfin Aurora von Königsmarck gelang es, seine urwüchsigen Wutworte zu hindern, indem sie ihn auf die Franzosen hinwies, die im Vierjährigen Kriege an der Verstürtzung seines Stolzen Regenstein gewesen seien. „Auch ich habe die Franzosen hundert! Da bin ich gleich mit euch im Bunde!“ rief er aus und bat die Verjährungsband. Zum Schluss trat die ehrwürdige Gestalt Klosterstocks vor, überreichte den 1863ern eine Ode und den Löwekrantz, der sein Haupt schmückte.

Wie begeistert schlug mit das Herz. Als ich vernahm des Heimatregimentes Ruhm, Wie es Lütich gestürmt und jahrelang Helden den grimmiesten Feinden stand, Bis es, gedrängt von Nebermacht, Doch niemals besiegt, zur Heimat lehrte. Ihr Harzer Kameraden, seid willkommen, Die als Freiheitstrotz sozusagen einigt, Heute als der Tapferen gedenkt, die neben euch Hinsinken in heiligen Schlachtfeld! Sie und euch, vereint in Treu, grüß ich als Heldenchar. Nehmet hin meine Ode, nehmet den Löwekranz, Dessen ihr würdiget seid als ich!

Welch ein ammutternder Fleigen: der vollharter Kürassier von Anno 70, der auch im Kaiser-Friedrich-Museum hängt, der alte, durch den Quedlinburger Julius Wolff zu unverdienter Verdumbheit gelangte Buschflepper von Regenstein, die abgetötete Märtyrin Augustus des Starken und „die ehrwürdige Gestalt“ des Sängers der Metzide, der seine fröhliche Harfe lästig auf Stahlhelm-Maulatum umstellt!

Es geht doch halt nichts über germanische Patente!

Kleines Fenilleton.

Kirchenkonzert.

Gis Klenzert sang am Mittwoch abend in der Petrikirche. Es war zu wohltönigen Zwecken veranstaltet und erworb damit für die Armut das Ereignis. weichwollende behandelt zu werden. Der Organist Walter Bötticher bereitete eine für die Orgelbank der Petrikirche ungewöhnliche Leistung, die sich schon in der Sonate von Carl Maria von Weber zeigte, auch in dem Orgelstück von Kurt Eisler zu erkennen war. Eins bleibt für den Organisten aber noch eine offene Frage: die Dynamik seiner Vorträge und die Wahl der Register. Die Langhaarmen des Programms bestreitet der Sängerjäger Ferdinand Kolb, der ja u. a. an Mendelssohns Arie „Es ist ganz“ besucht. Das tollig Eindrückliche seines Vortrags, dem die Orgel Vortrag leistete, muß verzögert werden, wenn der Sänger zu einer Rührung gelangen will. Zu loben war die disziplinierte Regimentsmusik. Die Violine spielte Fritz Grob mit leidlichem Gelingen. Man sollte aber nicht klassisch begleiten. Jeder geistliche Organist muß eine Begleitung ermöglichen übertragen können. Auch der Kirchenchor ließ sich hören, und dem Dirigenten Walter Kriegelie muß Anerkennung gesollt werden. Die Vorträge waren nicht leicht, und wenn auch die Stimmen nicht immer angedeutet waren, wie die achtstimmige A-cappella-Kammer erkennen ließ, so zeigte sich doch Reinheit des Tonos und Einfühlung im Vortrag.

Genau so verkehrt ist es, wenn ein „ehemaliger Fremdenlegionär“ im Lichtspieltheater auftritt, wie wir es hier in Magdeburg erlebt haben, um mit Hilfe militärischer Schilder mit viel Geschick und Geschick, aber in übelstem Kostümstreich, die Geschichte seiner Flucht aus der französischen Fremdenlegion vorzutragen, eine Rührung von Schimpfern auf Fraureich und billiger teutischer Sentimentalität, die mit so abgefunkteter Art wie „Muttilein“ und „Peter“ arbeitet. Aber anstatt den Pariser auszupfeifen, setzt ihn das Epiceriepublikum. Nun weiß doch vom Fall Schlageter her, wie verkehrt solche baltischen Helden sein können. Leider tritt hier in einem Kabarett eine Gruppe von zehn Madchen auf, die auf den lebendigen Namen „Gimmi-Girls“ hören, und eine „Fredericus-Szene“ aufzuführen mit dem alten „Alpenbüchsen“ Martin; eine dieser Lärmstürme schlüpft sogar in die Rolle des Aliens Griffo und nimmt in langen Hosen die Parade über die Tanz-Grenadiere mit dem „Ziehheim“ ab. Ob auch sie unter dem Titel „Kulturbande“ auftreten, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Vorsteher der „Internationalen Kriegerloge“ hat nun schon wiederholt verkündet, er

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Die peinliche Diskussion der letzten Tage über die Unterhaltung zwischen Lord Parmoor und Stresemann scheint sich noch zum guten auswirken zu sollen. Klarheit ist leider über den Inhalt der im Hause Parmoors geführten Gespräche bis jetzt nicht geschafft worden. Über man empfindet in der Wilhelmstraße trotz der fortgesetzten Dementis doch stark, daß die Reichsregierung gegenüber dem Ausland etwas gutzumachen hat. Selbst im Auswärtigen Amt soll man sich darauf besonnen haben, daß es noch so etwas gibt wie eine Weltmeinung.

Kein Zweifel: diese Weltmeinung steht augenblicklich wieder einmal gegen Deutschland. Ein Interesse unsers Landes muß dieser Zustand behoben werden. Es ist auerkenntenswert, daß gewisse Kreise der Reichsregierung jetzt bereit sind, mit allen Mitteln in diesem Sinne zu wirken.

Als eine Möglichkeit hierzu wird der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrachtet. Von amtlicher Stelle wird uns das mit der Versicherung bestätigt, daß die Stimmung für eine sofortige Mitgliedschaft in der Wilhelmstraße in den letzten Tagen stark gewachsen ist. Der Berliner Korrespondent des "Daily Telegraph" hatte also gar nicht so unrecht, wenn er in einem Telegramm an seine Zeitung die Möglichkeit der Entsendung eines deutschen Antrags auf Eintritt in den Völkerbund in Aussicht stellte. Wenn das Organ des Reichsausßenministers "Die Zeit" diese Meldung trotzdem als "Kombination" bezeichnet, so verwundert uns das gar nicht, denn diese Art der Pressepolemik liegt in der Richtung der von ihrem geistigen Brotgeber in den letzten Wochen gepflogenen Taktik: Alles ableugnen, was den Deutschenationalen unangenehm ist, solange es geht. Vielleicht spricht die "Zeitung" auch von einer Kombination, weil der Außenminister persönlich immer noch nicht zur Vernunft gekommen ist. Über richtig bleibt trotzdem, daß bei andern Mitgliedern der Reichsregierung der ernsthafte Wille vorhanden ist, gerade infolge der peinlichen Ereignisse durch einen Antrag auf Zulassung Deutschlands in den Völkerbund in bedingter Form die Atmosphäre zu bessern und die Dementiersprüche vergessen zu machen.

So dürfte also Stresemann durch seine Rede vor den Journalisten gegen den sofortigen Eintritt in der Wirkung das Gegenteil erzielt haben. Erit dieser Fall ein, dann könnte der peinlichen Debatte aus den letzten Tagen ohne weiteres ein Ende gemacht werden, während wir sie sonst nicht als abgeschlossen betrachten können. —

Gegen Ludendorffs Frontbann.

Der vor einigen Wochen mit viel Tumult in den völkischen Zeitungen ins Leben gerufene Ludendorffsche "Frontring" und seine Unterorganisation, der "Frontbann" in Bayern, wurden bereits vom Schicksal ereilt. An der Spitze dieser völkischen Wehrorganisation steht der "Reichsflaggen"-Hauptmann Höhni (Reichstagsabgeordneter). Den Münchner Bezirk kommandierte der Führer des Hitler-Regiments Brücker, in dessen Geschäftsstelle noch eine Reihe von ehemaligen Offizieren tätig war, so ein Oberleutnant von Prosch, ein Hauptmann von Krauß, ein Dr. Meidling und jener Leutnant Höwald, den die bayerische Regierung schon einmal wegen seiner Untrübe in München aus Bayern ausgewiesen hatte. Die Tätigkeit dieser Personen als Frontbann-Organisatoren erweckte bei den Behörden den Verdacht, daß es sich hier lediglich um die Fortführung des verbotenen "Kampfbundes" handle, und dementsprechend wurden am 16. September bei diesen Herrschäften Durchsuchungen abgehalten.

Der Weimarer Park als Bauplatz. Die Vereinigung zur Pflege deutscher Kultur in Thüringen legt schärfste Verwahrung gegen den neuesten Plan der Thüringer Regierung ein, auf einem der Wiesenplätze am Eingang zum Park, an welchem das Haupt- und Staatsarchiv steht und welcher direkt hinter dem Goethe-Haus am Frauenplan liegt, ein Verwaltungsgesäule zu errichten. "Auch wenn schiefstehen", heißt es in der Verwahrung, "die Regierung vor der ablehnenden öffentlichen Meinung einen Ausweg suchen, und auf einem mehr versteckten Gelände hinter dem Staatsarchiv den Plan durchführen will, müsse schärf widersprochen werden." —

Der Liviuschwund. Zur Entfusching der ganzen Welt stellt sich auf Grund der Untersuchung der italienischen Regierung heraus, daß das vollständige Geschichtswerk des Titus Livius gar nicht gefunden worden ist. Wie der Untersuchungsrichter amitteilt, geht aus der ersten Befragung des Professors de Martino durch die Mitglieder der Prüfungskommission von Neapel hervor, daß er nicht die Handschriften des Livius, sondern nur Nachrichten darüber entdeckt hat. Innerhin werden die Erhebungen fortgesetzt. Da ganz positive Mitteilungen über den Fund durch die Presse gingen und von neapolitanischen Professoren bestätigt wurden, müßte sich doch feststellen lassen, von wem die Erfüllung der öffentlichen Meinung ausging. Die Preise hätte größtes Interesse an dieser Untersuchung, damit nicht auf ihr der Vorwurf haftenbleibt, sie hätte leichtsinnigerweise Schwundgerüchte verbreitet. —

Neues aus dem römischen Trier. Bei Ausgrabungsarbeiten der letzten Wochen hat man in Trier eine Reihe bedeutender Funde aus der Römerzeit gemacht. So fand man im Süden der Stadt fünf römische Siebzehnunnen in einem Umkreis von etwa 10 Metern, 3 Meter unterhalb der heutigen Erdoberfläche. In einem Brunnen waren über 30 römische Münzen mit dem Bilde Kaiser Konstantins und ein großer verzierter Bronzestöpsel. Des Weiteren fand man zwei römische Löpferden, die aus hartem Lehmbaum erbaut sind. Die bedeutendsten Funde wurden aber bei den Ausgrabungsarbeiten im Zuge einer projektierten Straße an der östlichen Peripherie der Stadt gemacht. Hier wurden freigelegt: der Unterteil eines größeren Altars, ein Tragaltar, ein kleiner Standbild der Göttergöttin, die Grundmauern eines kleinen Tempels, eine hochwichtige Steintafel mit Weihinschrift, die über dem Tempel eingang angebracht gewesen sein wird. Der bedeutendste Fund ist eine 8 Meter breite Römerstraße aus großen Platten von Natur-Kalkstein, die zuerst zu einem Bauwerk verwendet waren. Die Straße hat zwei Fahrtrinnen mit tiefeingeschnittenen Bogenraderspuren und einen Fußweg. Die Straße ist auf 150 Meter freigelegt und im Amphitheater aufgestellt worden. —

Mediendiensst der Volksstimme.

Löbe als Vertreter im Völkerbund.

nr Genf, 19. September. Eine Persönlichkeit aus den Kreisen der Reparationskommission äußerte sich am Donnerstag gegenüber einem Vertreter des "Berliner Tagesschau" über die Wirkung eines deutschen Beitrags zum Völkerbund. Dabei streifte die ungenannte Persönlichkeit u. a. auch die Frage, welche Art die Persönlichkeit des deutschen Delegierten in Genf sein müsse und sagte: Wenn das Deutsche Reich den richtigen Delegierten nach Genf schickt, dann wird er dem Reiche näher. Ungeeignete Persönlichkeiten können beim Völkerbund ebenso schädlich sein wie ungeeignete Diplomaten oder Minister.

Auf die Frage, an welche Persönlichkeit der mit den deutschen Verhältnissen vertraute Herr denkt, äußerte er sich: Ich denke an keinen der sonst sehr verdienstvollen Herren, die jetzt in Genf sind oder waren; weder an den Grafen Scherzer, noch an Breitscheid, weder an Schücking noch an Graf Bernstorff. Der Mann, der Deutschland beim Völkerbund vertreten, muss ein überzeugter Demokrat, ein bewusster Politiker, ein Mann ohne Nerven, ein guter Redner und eine in allen Lagern geachte, charakterreiche und kluge Persönlichkeit sein; mit hohen Zielen aber auch praktisch erreichbaren Vorstellungen.

Ich habe in den letzten Jahren nur einen Mann kennengelernt, der allen diesen Anforderungen entspricht, den fröhlichen Präsidenten des Reichstags, Paul Löbe. Wie man seine Wahl in Deutschland aufnehmen würde, kann ich nicht beurteilen, die Wirkung in der Welt aber würde eine gute sein. —

Die Auslieferung des Erzberger-Mörders.

ek Budapest, 19. September. Alle Informationen aus politischen Kreisen lauten dahin, daß die Staatsanwaltschaft die Auslieferung des Erzbergermörders Schulz beantragen wird. Man sagt, sie wolle sich an das Brüsseler Abkommen halten, das den Mord nur in einem solchen Falle für ein politisches Verbrechen hält, wenn er in der Zeit eines Umsturzes und zur Sicherung der Revolution erfolgt. Ungarn hat dieses Abkommen unterzeichnet. —

Schwere Unglücksfälle bei der Reichswehr.

pp Bremen, 19. September. Die "Bremische Volkszeitung" berichtet, daß bei den Manövern der Reichswehr im hannover-

schen Gebiet 7 Soldaten und eine Frau von Geschützen der Artillerie überfahren und getötet worden sind. Einem Soldaten wurde der Kopf vom Rumpf getrennt. Der Helmweibel der 2. Kompanie des Bremer Bataillons mußte schwer verletzt ins Krankenhaus transportiert werden. Er hatte den Auftrag, sogen. Kanonenklänge zu entzünden. In einem Falle trat die Entzündung schon ein, als er den Kanonenabzug noch in der Hand hatte. Die Splinter flogen ihm ins Gesicht. —

Keine Verseczung Scheidemanns.

kp Kassel, 19. September. Der Magistrat der Stadt Kassel erklärte in seiner letzten Sitzung, den neusten Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung auf Verseczung des Oberbürgermeisters Scheidemann und des Stadtrats Rosenstock in den einstweiligen Nebestand, gemäß § 88 der Städteordnung für ungesehlich. —

Zum Falle Leinert.

pk Hannover, 19. September. Der hannoversche sozialdemokratische Parteivorstand nahm zum Falle Leinert jetzt endgültig Stellung und veröffentlicht folgende Erklärung:

Der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei in Hannover nahm auf Wunsch des Genossen Leinert in seinen Sitzungen vom 17. und 18. September Kenntnis von seiner militärischen Erklärung, daß er sich bei dem Abschluß seines Vertrags mit dem "Ordnungsbund" in einer rein kühle Ueberlegung stark beeinträchtigenden Erregung befunden habe, die durch die erbärmlichen Angriffe und Drohungen hervorgerufen seien. Troß dieser Erklärung, die geeignet sei, die Tat des Genossen Leinert in mildrem Licht erscheinen zu lassen, hält der Vorstand seine bereits am 9. September von den Abteilungsleitern und von der sozialdemokratischen Rathausfraktion ausgeschriebenen und bereits veröffentlichten Erklärung in vollem Umfang aufrecht.

Leinert ist inzwischen auf 6 Wochen beurlaubt worden und hat sich bereits in ein Sanatorium begeben. (Siehe Neubearbeitung "Leinert zusammengebrochen." Ned.) —

Dabei wurde so viel belastendes Material gefunden, daß die Geschäftsstelle des Frontbannes geschlossen und die fünf genannten Personen in Haft behalten wurden. Nach Abschluß ihrer Vernehmung werden sie zur Lösung der Haftfrage dem Gericht übergehen.

Zu dieser Angelegenheit schreibt die "Bayrische Volkspartei-Korrespondenz":

Die Nachricht von der Verhaftung von Mitgliedern der Organisation Frontring lenkt das Augenmerk der Öffentlichkeit neuwendig auf die trotz des herrschenden Verbots nicht aufgegebenen Bestrebungen einzelner Parteien, sich illegale Kampfgruppen für parteipolitische Zwecke zu schaffen. Das Hineingreifen der Polizei in den Frontring und die Verhaftung einzelner führender Persönlichkeiten läßt den Schluss zu, daß es sich hier um eine Organisation handelt, in der eine Fortführung der verbotenen und angeblich aufgelösten völkischen Kampfverbände zu erbliden ist. Der Frontring ist keine auf Bayern beschränkte Organisation. Er hat seine Verbreitung im ganzen Reich, und wenn wir uns nicht täuschen, steht Ludendorff in einem Protektorat-Verhältnis zur Organisation. Bestätigt sich der Verdacht der bayerischen Ge richtsbehörde, daß es sich hier um eine Fortführung einer verbotenen Organisation handelt, so wird angesichts der Tatsache des Vorhandenseins einer Reichsorganisation damit zu rechnen sein, daß sich auch außerstädtische Gerichte, in diesem Falle der Oberrechtsanwalt, mit der Angelegenheit zu befassen haben.

In diesem Zusammenhang muß die Aufmerksamkeit auch auf den 1. Oktober gelenkt werden, für welchen Zeitpunkt bestimmtlich das zuständige Gericht darüber zu entscheiden hat, ob Hitler die ihm in Aussicht gestellte Bevölkerungsfrist zu gewöhnen ist. Die Billigung solcher bedingter Begnadigung hat nach dem Sinn des Gesetzes nur dann eine Berechtigung, wenn alle Voraussetzungen dafür vorhanden sind, daß die Strafstat bestehend ist. Dazu dürfte nach populärem Rechtsgefühl auch die vollstreckbare Reinigung der Atmosphäre gehören, in der der Entschluß oder der Aufruhr zur Tat entstanden ist. Die Erhebungen der Polizei werden einen Maßnahmenpunkt dafür ergeben, wie weit die Gefahr, die Bayern im November 1923 lebensgefährlich bedrohte, jetzt besteht.

Nach weiteren Meldungen aus München ist das Eincreisen der Polizei auf Drohungen der völkischen Kampfverbände zurückzuführen, am 1. Oktober den Hitler und die andern in Haft sitzenden Nazis gewaltsam zu befreien, falls das Gericht ihre Haftentlassung nicht beschließen sollte. —

Motzen.

Die Weimarer "Judenverfassung". Zu der blöden Behauptung völkischer Kreise, daß die Weimarer Verfassung jüdischen Charakter trägt, schreibt Dr. Karl Herz im Augustheft der "Gesellschaft" (S. 427): „Lächerlich muß es freilich wirken, wenn ein blindwütiger Antisemitismus auf die „Judenverfassung“ schimpft. Denn Hugo Preuss hat sich stets als Schüler des großen Rechtslehrers Otto Gierke bekannt. Gierke war konserватiv, aber gerade seine tiefschürfenden Arbeiten haben das Verständnis für den urdemokratischen Charakter des alten deutschen Rechts eröffnet. Weißerhat hat Gierke dagelebt, wie die moderne Entwicklung die absolutistische Staatsidee durch Wiederherstellung des alten deutschen Gemeinschaftsgeistes überwindet und wie daher politisch anzuknüpfen ist an die alte, durch das Landesfürstentum begründete Gemeindesfreiheit.“ — Was unsre völkischen Dummköpfe nicht hindern wird, mit ihrer unblödischen Behauptung weiter hausieren zu gehen. Denn damit lassen sich augenblicklich noch politische Gimpel einsingen. Heißt 'n Geschäft! —

Reichstagsabgeordneter Mallenck gestorben. Gustav Mallenck, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Landesverbandes Pommern der Deutschen-Nationalen ist gestorben. Er war von 1906 bis 1918 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1903 bis 1918 Mitglied des Reichstags, 1919 bis 1920 Mitglied der Nationalversammlung. Seit 1920 war Mallenck wieder Mitglied des Reichstags. Sein Nachfolger wird der Rittergutsbesitzer v. Bizekow-Rottow (Kreis Stolp). —

Berurteilte Nationalisten. Vor dem Gericht in Bergberg hatten sich 15 Angehörige des Jungsdeutschen Regiments, die zwei jüdische Familien in Altenhausen überfallen und schwer mishandelt hatten, wegen schweren Landfriedensbruchs zu verantworten. Der Hauptangeklagte Götz erhielt 3 Jahre Gefängnis, die übrigen Angeklagten wurden teils zu Gefängnisstrafen von 2 bis 9 Monaten verurteilt, teils wurden sie freigesprochen gegen Sicherstellung des Eigentums der verurteilten Familien. —

Streit um die Besatzungskosten. Wie von zuständiger Seite verlautet, haben die Besatzungsmächte, die sich nach dem Londoner Pakt zur Tragung der Bevölkerungskosten verpflichtet haben, von der Reichsregierung die Nachzahlung eines Betrages von 90 Millionen Goldmark für Besatzungskosten verlangt. Die Reichsregierung hat die Zahlung dieser Forderung abgelehnt. —

Räumung des Limburger Gebietes. Wie die "Frankfurter Zeitung" meldet, habt die französischen Besatzungstruppen mit der Räumung des Limburger Flächenhauses begonnen. Die drei des sogenannten Goeden Gründes, nämlich Niederselters, Lamberg, Oberbrechen, Dauborn und Kirberg sind verlassen worden. —

Abstützungsschwierigkeiten. Die Arbeiten in der dritten Abstützungskommission des Völkerbundes kosten, da die englische Delegation Anweisung erhalten hat, keine bindenden Abmachungen einzugehen. Besonders die Verfüigungstellung der englischen Flotte für die Völkerbundsanktionen steht auf heftigstem Widerstand. Die Abrüstungskonferenz soll diese Angelegenheit endgültig regeln. Das mitgebrachte Benech-Projekt soll die Grundlage für die Abrüstungskonferenz bilden. —

Weitere Steigerung der Getreidepreise. Am Mittwoch zogen an der Berliner Börse die Preise für Weizen und Roggen abermals um 3 bzw. 4 Mark an, und zwar wurde Weizen mit 228 bis 236 und Roggen mit 205 bis 209 Mark notiert. Weizemehl steigerte sich auf 32,25 bis 35 und Roggemehl auf 29,75 bis 32 Mark. Das Angebot war äußerst knapp, so daß der Bedarf der Mühlen nicht befriedigt werden konnte. —

Die bayrische Notpolizei aufgelöst. Die bayrische Regierung habe im Jahre 1923 eine polizeiliche Nothilfe organisiert, um den Schutz gegen die Erstürmungen des Staates durch die Hitler-Leute zu verstärken. In die Hilfspolizei fand aber merkwürdigweise eine Reihe von rechtstaatlichen Elementen Aufnahme, so daß diese Notpolizei niemals ihren Zweck erfüllen konnte und in Gegegnung eine Gefahr für den Staat und die bürgerliche Bevölkerung wurde. Es sind eine Reihe von Nöten bestanden, wo die Hilfspolizisten Kraft ihrer Legitimation die größten Auschreitungen begangen haben. Nachdem die Hitlerer vorüber waren, versuchte die bayrische Regierung in diesem Frühjahr ihre Notpolizei zu ländern. Damit scheint man aber seine günstigen Erfahrungen gemacht zu haben; denn die Regierung hat entschlossen sich bald nach ihrem Amtsantritt den "Deutschen Notbann", so lautete der Name der Hilfspolizei, aufzuheben. Dieser Beschluß ist nunmehr nach einer offiziellen Mitteilung durchgeführt worden. —

Ein bulgarischer Kommunistenführer erschossen. Auf den kommunistischen Abg. Dimitoff wurde ein Revolverattentat verübt. Dimitoff war sofort tot. Der Mörder gehört einer faschistischen Organisation an. —

Die Kämpfe in China. Die Kämpfe in Nordchina sind vorläufig an der Grenze von Tschili zum Stillland gekommen. Tschangto hat Bomben auf die Regierungstruppen abwerfen lassen. Der Verlust seiner Truppen, die Eisenbahn nach Peking zu sprengen, ist verhüllt worden. Die Regierung hat neue Truppen angeworben und dem Marschall Wupei das Oberkommando über sämtliche Tschili-Truppen übertragen. —

Depeschen.

Die militärische Kontrolle.

W. London, 19. September. Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt: Nach Mitteilungen der britischen diplomatischen und militärischen Vertreter in Deutschland nehmen die von der interalliierten Kontrollkommission geführten Untersuchungen erstaunlicherweise einen so glatten Verlauf, wie dies noch nie der Fall gewesen sei. Die Haltung der deutschen Militärbehörden sei bisher übereinstimmend offen und höflich gewesen. Es hätten sich keine unerheblichen Zwischenfälle ereignet. —

Reglung der deutsch-englischen Handelsbeziehungen.

W. London, 19. September. Reuter meldet: Die Frage des Abschlusses eines englisch-deutschen Handelsvertrags wurde kürzlich von der britischen Regierung in Erwägung gezogen. Großbritannien erhielt gemeinsam mit den Alliierten auf Grund des Versailler Vertrags deutlicherseits die Behandlung als mestbegünstigte Nation. Diese Bestimmungen werden aber binner kurzzeitig verfallen. Es werden durch die britische Botschaft in Berlin verdecktweise gewisse Vorstellungen gemacht. Diese werden durch direkte Besprechungen ergänzt werden, die im Laufe der nächsten Woche in Berlin stattfinden sollen, aber nur vorbereiteten Charakter haben. —

Starke Erdstöß in Tokio.

W. Tokio, 19. September. Die Stadt wurde gestern durch einen heftigen Erdstöß in Aufregung versetzt. Es war der stärkste, der seit Januar verschoben wurde. Die Einwohner flüchteten zu die Straße, doch wurde kein Schaden angerichtet, außer daß einige seismographische Instrumente im meteorologischen Observatorium zerstört wurden. Die Dauer des Erdstößes betrug 3 Sekunden. —

VORANZEIGE!

Unsere erste

GROSSE HERBST-MESSE

veranstalten wir ab **Montag den 22. September.**

Sämtliche Abteilungen unsers Hauses werden mit **außergewöhnlich billigen Angeboten** hervortreten.

Der Vorverkauf beginnt schon Sonnabend den 20. September, morgens 8 Uhr.

Beachten Sie
unser am Sonntag erscheinendes
Inserat!

R. Wittkowsky

Breiteweg Nr. 61

"Brandenburg-Safrräder"
mit Freilauf und Rücktritt von 90 Grad an.
Teilzahlung gestattet. 1200
Eigene Reparatur-Werkstatt.
Sämtliche Teile spottbillig!
Wunderling & Knobbe,
Katharinenstraße 5. Telefon 6432.



Kaufe ab
Sonnabend
zweiund
Canarien
zu höchsten
Preisen am
Platz.
B. Benedict, Kanar.
Börse, Georgenstr. 11.

Ein seltenes Fest
Ich habe am 21. d. M. mein
goldenes Jubiläum als Topf- und
Pfannenflicker.
Johannes Jakob, Magdeh., Breiteweg 267

**Eigene
Herstellung!**



DIE KLEIDUNG DER
NEUZEIT!

Wir werden Sie überzeugen

Besichtigen Sie bitte
unsere Auslagen
und achten Sie auf
die vorzüglichen
Qualitäten!

1. daß niemand besseres,
2. niemand solideres,
3. niemand billigeres

bieten kann als wir!

Heren-Anzige	hochmoderne Formen, ausgesuchte Muster . . . Mk.	29.- 39.- 45.-
Heren-Anzige	elegante Muster, elegante Verarbeitung . . . Mk.	55.- 65.- 75.-
Heren-Anzige	prima Qualitäten, allerhöchste Verarbeitung . . . Mk.	85.- 95.- 110.-
Heren-Ulster	ausgesuchte schöne Farben, elegante Ver- arbeitung, schicke Formen . . . Mk.	39.- 48.- 55.- 65.-
Loden-Mantel	elegante Verarbeitung als Straßmantel Mk.	75.- 85.- 95.- und höher
Gabardine-Mantel	imprägniert, in Wolle und Baum- wolle . . . Mk.	28.- 32.- 39.- 45.- und höher
	32.- 39.- 45.- 65.-	
	72.- 88.- und höher	

Loden-Joppen — Sport-Hosen — gestreifte Hosen
Gummi-Mantel — Windjacken in allen Preislagen!

Riesenauswahl!

Reitungen
Festlichkeit
R. W. R.

Paul & Co.

Breite-
weg 15,
die Eintritts-

Regenmäntel



PITTMANN

Die große Mode

Lederol-Mäntel . . . von	34.00 an
Lederol-Jacken . . . von	30.00 an
Herren-Gummi-Mäntel	von Mk. 19.50 an
Damen-Gummi-Mäntel	von Mk. 22.50 an
	bis zu den elegantesten Ausführungen
Gummi-Kappen	von Mk. 2.25 an

Hugo Nehrl

Zehnnisbergstr. 2

Rinderwagen-Berdede werden sauber,
mit 12. Wechselfarben in eig. Werkstatt neuverarbeitet.

Eggert, Zehnnisberg 11, Tischlermeister

Leder-Ausschnitt

Großhans und Höfsten
Gust. Hoffmeister, Prachtstr. 21.

Pelzjackett

die große Mode nur 5.20.-

Serien-Sportpelze, Slims-
Gürtel u. Ballong-Strap. nur 5.90.-

Fuchs-Strap. nur 25.-

Pelzhut (Elektrik) nur 5.15.-

Stunks, Iltis, austral. u.

amerik. Droschums, Wölfe

in Größe u. Farben, billig.

Teilzahlung gestattet.

W. Schmid

Unter Markt 32, 1 — über Zoepfer.

W. Schmid

Geöffnet von 4 bis 6 u. 8 bis 12 Uhr.

sonnabends durchgehend.

Auf Kredit

gegen äußerst leichte wöchentliche

oder monatliche Teilzahlung —

Anzüge

Serie I

Zahlung 15 Rm.

Serie II

Zahlung 20 Rm.

Serie III

Zahlung 25 Rm.

Paleots, Schlüpfen, Covercoats

gestr. Hosen, Pilot- u. Manschestr-Hosen, Joppen

Gummi-Mäntel, Windjacken

Röcke, Blusen, Tröster

Mäntel, fd. Säuber

und Lubraken

Schuhe für Herren, Damen u. Kinder

Zebs, Bett- und Tischwäsche, Kleiderstoffe

Gardinen, Stores, Madras

Zulette und Bettfedern in nur guten Qualitäten

zu äußerst billigen Preisen.

1613

Reisekarte aus

1111

Reisekarte aus

1111</

Schlußsitzung des Provinziallandtags.

Nach Bekanntgabe einiger nachträglich noch eingegangener Fraktionsanträge berichtete der Landtagsvorsitzende Genosse Beim s über die Vorlage des Provinzialausschusses betr. Neuwahl des Landeshauptmanns.

Auf die Begründung des abschließenden Bescheides der Staatsregierung trafte des Vomelwörter: "Der West ist Schweigen" zu. Würde der Antrag der Bürgerlichen Vereinigung (Verschiebung der Wahl bis zum kommenden Frühjahr) zur Annahme kommen, dann hätte der Landtag seinen Verlust verfehlt, denn er ist ja ausschließlich zu dem Zweck der Wahlannahme zusammgetreten.

Abg. Dr. Carlsson begründete hierauf den Antrag der Bürgerlichen Vereinigung auf Verlängerung der Wahl des Landeshauptmanns. Er betonte, daß der Antrag sich nicht gegen denjenigen Stellvertreter des Landeshauptmanns richtet, sondern eine Demonstration sein sollte gegen die in der Provinz Sachsen bisher betriebene Personalpolitik. Die Art, wie bisher die Linke bevorzugt worden sei, sei auf die Dauer unerträglich. (?) Redner erzählte dann unter ungeheurem Stimmaufwand etwas über die "fachliche Eignung", die bei der Auswahl der Beamten ausschließlich maßgebend sein sollte. (Zurufe: Van an die Futtertrappe!)

Abg. Bergermann (Soz.): Der Begründer des Antrags hat dem Provinziallandtag keinen großen Gefallen getan. Wenn es jetzt nach der Umwälzung hier und da möglich war, auch Vertreter der Arbeiterklasse in Verwaltungsposten hineinzubringen, so ist damit noch lange nicht etwas erfüllt, was die Vertreter dieser Klasse schon längst hätten verlangen können. Wie stand es denn in der zurückliegenden Zeit bei der Besetzung der Verwaltungsposten? Sie, meine Herren (nach rechts), reden immer von sogenannter fachlicher Eignung, daß Sie war nicht selbstverständliche Voraussetzung, daß die fachliche Eignung vorhanden sein müsste, sondern für Sie war die erste Frage: Wie ist diese fachliche Eignung erworben worden. Wenn nun mit diesem Grundsatz für alle Zukunft aufgeräumt wird, so ist das nicht ein Rückschritt,

ein Fortschritt für die Verwaltung.

(Zustimmung.) Nur dann ist es möglich, alle Kreise unseres Volkes mit zur Verwaltung heranzuziehen und damit auch ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung und Bevölkerung zu ermöglichen; vertrauensvoller, als es in der zurückliegenden Zeit der Fall gewesen ist. Lediglich diese Grundzüge waren für uns maßgebend, wenn wir uns nach der Revolution dafür eingesetzt haben, daß es nun auch der Arbeiterschaft möglich sein wird, ihre Vertrauensleute an der Verwaltung zu beteiligen. Ich will es mir versagen, eine Statistik aufzumachen, wie groß der Anteil der Arbeiterschaft an der Verwaltung ist. (Zustimmung links.) Er ist, nach Prozenten berechnet, so geringfügig, daß es schamlos ist, sich hier herzustellen und zu erklären, seitens der Arbeiterschaft würde eine Personalpolitik betrieben, die nicht mehr zu ertragen ist. Das können Sie nur aus agitatorischen Gründen hier erklären. Die Absicht der Antragsteller kann doch nur die sein, daß Sie hoffen, daß die Neuwahlen den Provinziallandtag anders gestalten und daß es der Rechten dann möglich ist, einen rechts eingestellten Kandidaten als Landeshauptmann zu führen.

Es gibt unheilbare Illusionisten, die schon in den nächsten Tagen den Bürgerkloß in Preußen und Deutschland erscheinen sehen. Ich glaube, daß dieser Antrag das Gegenteil darstellt. Wir stehen nun auf dem Standpunkt, daß es unerträglich für die Provinz ist, sie noch länger ohne Spike zu lassen. Wir haben versucht, diesem Zustand entgegenzuwirken, und wir haben auch dafür gesorgt, daß der Termin für die Wahl möglichst frühzeitig festgelegt ist. Es geht nicht an, wenn wir jetzt hier beschließen wollen, die Wahl nicht vorzunehmen. In der Wirkung kommt es auf eine Hanßwurtschaft hinaus, wenn 110 Abgeordnete zusammenberufen werden, die Zeit opfern und dann beschließen, wieder nach Hause zu fahren. Eine solche Politik machen wir nicht mit. Bestand nicht im Frühjahr d. J. ein Abkommen zwischen der Deutschen Volkspartei und den Demokraten über die Wahl des Landeshauptmanns? Ich weiß nicht, ob es in der Politik jetzt in Deutschland Mode werden soll, diese Bildungentreue nach der Zeit oder nach andern Gründen prozentual abzustufen. (Heiterkeit links.) Mir scheint es doch wenig zweckmäßig zu sein, wenn einmal solche Abmachungen getroffen sind, sie dann durch die Zeit als überholt zu betrachten, oder wenn man das eigene Schäfchen im trocken hat, zu sagen: Ich brauche nun die andern 50 Prozent nicht mehr zu erfüllen. Wir sind gegen die Verschiebung der Wahl.

Abg. Trittel (Dem.) gab in energischen Worten seiner Bewunderung und Enttäuschung über den Bruch der Abmachungen durch die beiden Rechtsparteien Ausdruck. Im Verlauf der weiteren Ausführungen kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Rechten, besonders da der Redner behauptete, die Gegenseite habe die Verabredungen nur insoweit eingehalten, als sie ihnen Nutzen brachten.

Abg. Friedler (Komm.) erklärte, daß es den Kommunisten ganz würdig sei, wer Landeshauptmann würde, weil sie der Ansicht seien, daß es auch fernherum ohne eine verantwortliche Leitung gehen würde. Um aber die Absichten der Bürgerlichen zu durchkreuzen, werde die Fraktion gegen den Verkleppungsantrag stimmen. Unter allgemeiner Spannung machte Niedler interessante Enthüllungen über die Bemühungen eines Abgeordneten der Rechten, der sich mit grossem Eifer bei ihm bemühte, die kommunistische Fraktion für die Wahl des deutschnationalen Kandidaten v. Gersdorff zu gewinnen. Wie noch erinnerlich sein dürfte, haben diese Bemühungen damals keinen Erfolg gehabt.

Im Schlußwort wandte sich der Berichterstatter Genosse Beim s gegen die kommunistische Auffassung, daß es keiner Leitung der Provinzialgeschäfte bedürfe. Als der Redner gegenüber den Ausführungen des Volksparteiers Carlsson feststellte, daß die fachliche Eignung des nichtbefähigten Landeshauptmanns Landsberg über allem Zweifel erhaben sei, erkönte aus dem Munde des deutschnationalen Abg. v. Ahrensleben (Neugattersleben) der Zuruf: Wir haben ihn nicht gewählt,

weil er ein Jude ist!

Dieses Eingeständnis gab dem Genossen Beims Veranlassung, sich in schärfster Weise gegen die bisher geübte Methode, deutsche Staatsbürger aus religiösen oder politischen Gründen für minderen Rechts zu erklären, zu wenden. Die dergleichen Methoden anwenden, sind die allergrößten Schädlinge am Volkskörper.

Der Vertragungsantrag fand nur die Stimmen der beiden Rechtsparteien und war damit gefallen.

Nach Wiedereröffnung der auf 15 Minuten vertagten Sitzung schritt der Landtag zur Wahl. Es lagen nur zwei Wahlvorschläge vor. Die Deutschnationalen, die sich kurz vorher noch aufs heftigste gegen Hübener gewandt hatten, ließen jetzt ihren nunmehr ausichtslosen Kandidaten Gersdorff fallen und stimmten für Hübener, während die Kommunisten ihre Stimmen auf den kommunistischen Abg. Wilhelm Koenen vereinigten. Es erhielten: Geh. Reg.-Rat Hübener 87, Koenen 16 Stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion hat zur Wahl des Landeshauptmanns folgende

Erläuterung

abgegeben:

Maksgend für die Wahl des Landeshauptmanns ist die fachliche und persönliche Eignung des zu Wählenden. Beide Voraussetzungen treffen bei Herrn Hübener zu. Weiter maksgend ist aber auch die Stellung des Landeshauptmanns zur Republik und Demokratie. Bei Herrn Hübener haben wir die Gewähr, daß er als überzeugter Demokrat fest auf dem Boden

der Republik steht. Darum hat ihm die sozialdemokratische Fraktion reichlich ihre Stimmen gegeben.

Ohne Debatte wurde dem Gesuch der Gemeinde Annaburg um Annahme der Städteordnung stattgegeben. Bei der Vertratung der Provinzialausschusvorlage betreffend die Unwetterfräden in der Provinz machte Abg. Beim s (Soz.) die Staatsregierung auf ihre Pflicht als Aufsichtsbehörde aufmerksam, indem er folgenden Antrag begründete: "Von der Erwähnung ausgehend, daß es wichtiger ist, Schaden zu verhüten als entstandene Schäden zu reparieren, erucht der Provinziallandtag von Sachsen der Staatsregierung, durch gründliche und energische Regulierung der Wasseraufschlüsse dafür Sorge zu tragen, daß Überschwemmungen bzw. Überflutungsschäden vermieden werden. Die Staatsregierung hat die Pflicht nachzuprüfen, ob die Bezirksregierungen der ihnen obliegenden Pflicht, rechtzeitig die Wasserläufe auf ihren ordnungsmäßigen Zustand zu prüfen, nachgekommen sind." — Dieser Antrag wurde, ebenso wie der folgende:

Der Provinziallandtag erucht die Staatsregierung, den Land- und Forstarbeitern und den Land- und forstwirtschaftlichen Angestellten, deren Gesamtjahresinkommen die Summe von 200.000 Mark nicht übersteigt, alle Steuern für das Rechnungsjahr 1924 zu erlassen, wenn nachgewiesen ist, daß sie durch Unwetterfräden im Sommer 1924 ihre Feldfrüchte zu einem wesentlichen Teil verloren haben.

einstimmig angenommen. Unter den zahlreichen Vorlagen, die hierauf ohne Debatte und meist einstimmig genehmigt wurden, befindet sich ein von der sozialdemokratischen Fraktion warm befürworteter Antrag, zur Unterstützung von Bauvorhaben für Beamte und Angestellte des Provinzialverbandes weitere 40.000 Goldmark zu bewilligen. Eine ganze Reihe von Bittschriften wurde dem Provinzialausschuss zur Erledigung überreicht und die Sitzung um 1 Uhr auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

Die Nachmittagssitzung

beschäftigte sich zunächst mit den Agitationsanträgen, die von der kommunistischen Fraktion in althergebrachter Weise auf allen Tagungen des Provinziallandtags eingebracht werden. Ein Antrag, der kommunistischen Agitationszentrale, genannt "rote Hilfe", 15.000 Mark zu bewilligen, wurde nach kurzen Beratungen des Genossen Scholz (Erfurt) abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Auflösung des Seberringschen Kreises betreffend die Nichtbestätigung kommunistischer Gemeindevertreter. Bei der Vertratung dieses Antrags sowie eines solchen des Bezirksverbandes

Aufruf.

Internationaler Antikriegstag.

Gewerkschafter, Volksgenossen, Republikaner!

Die Gewerkschaften aller Länder begehen am Sonntag den 21. September gemeinsam mit der sozialistischen Arbeiter- und Jugend-Internationale eine Demonstration gegen den Krieg. Die Friedensfreunde der ganzen Welt wollen an diesem Tag ihren unbewaffneten Friedenswillen kundtun. Alle Not und alles Elend, die der verlorenen Weltkrieg den Völkern hinterlassen hat, müssen uns ein Mahnmal sein, das Streben unserer sogenannten nationalen Kreise nach einem neuen noch schrecklicheren Blutvergießen mit aller Macht zu verhindern.

Wir wollen am 21. September gemeinsam mit der Arbeiterschaft aller Länder unserer Warnung erfüllen:

Nie wieder Krie!

vor der Welt erblicken lassen. Agiert daher mit aller Kraft für eine starke Beteiligung an der Veranstaltung im "Hofjäger", die vormittags 10 Uhr beginnt.

Arbeiter, Volksgenossen, Republikaner! Zeigt an diesem Tage, daß ihr gewillt seid, mit aller Macht ein neues Völkermoden zu verhindern. Sorgt dafür, daß der 21. September zu einer machtvollen Kundgebung für die Weltfriedensidee, für den Völkerfrieden wird.

Wir kämpfen gegen den kulturreichen Völkerkrieg!

Wir wollen die Kulturfördernde Völkerverbündigung!

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Magdeburg.

Sozialdemokratischer Verein.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Magdeburg.

Iohannates kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit der sozialdemokratischen Fraktion, die als Redner die Genossen Kasparek (Halle) und Bach (Magdeburg) vorgeschickt hatte. Unsre Genossen ließen es sich nicht nehmen, den Gewerkschaften von der kommunistischen Partei so deutlich wie nur möglich zu sagen, was sie mit diesen Anträgen bezwecken. Unsre Fraktion brachte zum Ausdruck, daß sie es ablehnen müsse, unerfüllbare Agitationsanträge einzurichten. Sie hatte folgenden Antrag eingebracht, der einstimmig angenommen wurde:

Die schwere Wirtschaftskrise hat viele Tausende der erwerbstätigen Bevölkerung in der Provinz Sachsen in größte soziale Not gebracht. Die Zahl der erwerbslosen Arbeiter und Angestellten ist erstaunlich groß. Die Bestimmungen über die Unterstützung dieser unschuldig leidenden Menschen sind mangels und haben zur Folge, daß mehr als die Hälfte der Erwerbslosen keine Unterstützung bekommen. Fast noch größer als die Not der die Unterstützung beanspruchenden Erwerbslosen ist die Not der Kurzarbeiter in den industriellen Betrieben. Diese Arbeiter haben zu Tausenden wöchentlich nur einen Tag arbeiten dürfen; ihr Lohninkommen reicht nicht aus, um den Hunger zu stillen. In solchen Fällen wächst die moralische Not aus der sozialen Herkunft. Wenn Eigentumsvergessen, Unmoral, sittliche Verwahrlosung der Jugend sich zeigen, ist die beste Wohlfahrt in der Befreiung der Wirtschaftslage gegeben.

Wir beantragen daher, der Provinziallandtag wolle die Staats- und Reichsregierung ersuchen, 1. umgehend Arbeitsgelegenheit in größtem Ausmaße zu schaffen. Die Regulierung der Vorstufen, der Bau der in Aussicht genommenen Kanäle in der Provinz Sachsen sollten sofort in Angriff genommen werden; 2. die Vorrichtungen über die Unterstützung der Erwerbslosen sofort zu verbessern; 3. für die Kurzarbeiter umgehend die Möglichkeit einer ausreichenden Unterstützung zu schaffen.

Ein Antrag der Kommunisten, der Reichsregierung nahezulegen, ihrerseits sofort geeignete Schritte zu unternehmen, um eine allgemeine Amnestie für Straftaten, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen entstanden sind, herbeizuführen, wurde mit Stimmengleichheit gegen die geschlossenen Bürgerlichen abgelehnt.

In der Schlussrede, die der Vorsitzende Beim s an den Landtag richtete, hielt er die Kommunisten für geboten, den Versuch zu unternehmen, die im Reichstag injizierten Gewalttaten auch im Provinzialparlament zu verschleiern. Ganz besonders tat sich dabei Waldbottab aus Staffort herab, der es so toll trieb, daß ihm zwei Verdiktoren auf erichtet werden mußten. Genoss Beims betonte dann weiter in eindringlichen Worten

die Notwendigkeit der freisten Selbstverwaltung. Er stellte unter allfälliger Zustimmung fest, daß zwischen Provinzialverwaltung und Oberpräsidium weder fachliche noch materielle Differenzen vorgekommen seien. Diese Aufsichtsstelle habe die Arbeiten nicht behindert, vielmehr nach allen Kräften gefördert. Wo Schwierigkeiten entstanden sind, habe das Oberpräsidium geholfen, sie zu beseitigen. Er wünschte dem noch immer schwierigen Oberpräsidenten baldige Genehmigung.

Vizepräsident Gaumann dankte für die anerkennenden Worte, die der Landtagspräsident dem Oberpräsidenten Hörling gewidmet hatte, und schloß sodann nach einem kurzen Überblick über die geleistete Arbeit die letzte Sitzung dieses Landtages.

Internationaler Landarbeiterkongress.

Mittwoch nachmittag wurde im Verbandsraum des Deutschen Landarbeiterverbandes der dritte Kongress der Internationalen Landarbeiterföderation eröffnet. Vertreten sind die Organisationen von Dänemark, Deutschland, England, Holland, Polen und der Tschechoslowakei mit zusammen 17 Delegierten. Von der Gärtnerorganisation in der Schweiz, dem Landarbeiterverband in Ungarn und der Workerunion in England liegen Entschuldigungsbriefe vor.

Für den zum Unterstaatssekretär berufenen bisherigen Präsidenten der Föderation, Smith (England), eröffnet der Verbandsvorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, Genosse Georg Schmidt, den Kongress mit einem herzlichen Willkommensgruß an die Delegierten. Er erinnert hierbei an die brüderliche Hilfe, welche die ausländischen Organisationen dem Deutschen Landarbeiterverband während der Inflationzeit zugetragen haben. Sie werden sieben, dank hierfür herzlichst im Namen der freigewerkschaftlichen deutschen Landarbeiter und verspricht, daß die deutsche Organisation die Leistung nicht vergessen wird. Das Wollen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber in allen Ländern ist auf den Mitgliedsstand der ILF nicht ohne Einfluß geblieben. Alle Anzeichen sprächen aber dafür, daß überall mit neuem Mut darangehen wird, den Verlust wettzumachen. Grund, pessimistisch zu sein, liege deshalb nicht vor.

Auf Vorschlag Hiemstra (Holland) wird Schmidt (Deutschland) zum Präsidenten des Kongresses gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattet der Sekretär der Internationalen Landarbeiterföderation, Hiemstra, den Geschäftsbereich. Aus dem Bericht ist erwähnenswert:

Gegenwärtig sind der ILF 18 Verbände mit einer Mitgliederzahl von rund 480.000 angeschlossen. Nicht berücksichtigt sind bei dieser Zahl die Mitgliederzahlen der Landarbeiterorganisationen in Italien und Schweden. Die italienische Organisation, die 1921 mit 800.000 Mitgliedern an erster Stelle marschierte, ist infolge der faschistischen Gewalttaten fast gänzlich zusammengebrochen. Die französische Landarbeiterorganisation ist ebenfalls so gut wie verschwunden.

Auf der letzten Generalversammlung der ILF wurde beschlossen, die deutsche, dänische und schweizerische Gärtnerorganisationen zuzulassen. Die Möglichkeit eines Anschlusses der tschechoslowakischen und tschechoslowakischen Gärtnerorganisation wurde angedeutet. Das Anschlusstreben der bulgarischen und russischen Landarbeiterorganisationen wurde zunächst abgeschlagen, nachdem sich der letzte Kongress der ILF offen gegen jede Verbindung mit diesen Organisationen ausgesprochen hat.

Gemäß dem Beschlusse der letzten Generalversammlung behandelt das Exekutivkomitee eingehend die Frage der Arbeitszeit in der Landwirtschaft. Die Beratungen wurden mit einer Entschließung abgeschlossen, die den Achtstundentag grundlegend betont, aber mit Rücksicht auf die in den verschiedenen Ländern gegebenen Verhältnissen klimatischer und ökonomischer Art erklärt, vorläufig den Gedanken des Neunstundentages zu propagieren.

In Verbindung mit der christlichen Landarbeiterinternationale wurde an die Regierungen aller dem Internationalen Arbeitsamt angehörigen Länder das Ersuchen gerichtet, die auf der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1921 gefassten Beschlüsse bezüglich der landwirtschaftlichen Arbeit zu ratifizieren. Aus den hierbei eingegangenen Antworten war ersichtlich, daß in Holland, Norwegen und Lettland den dortigen Parlamenten die Beschlüsse zur Ratifizierung vorgelegt worden waren. Die österreichische Regierung teilt mit, daß einige Bestimmungen bereits durch Gesetz festgelegt seien, während die deutsche Regierung mitteilt, daß alle Beschlüsse, mit Ausnahme derjenigen über die Unterstützung an Frauen im Falle der Niederkunft, dem Reichstag zur Ratifizierung vorgelegt werden würden. In den im Einbernehmern mit dem Internationalen Arbeitsamt und dem Landwirtschaftlichen Institut in Rom geschaffenen Beirat für die Landwirtschaft hat die ILF den Genossen Schmidt (Deutschland) als technischen Beisitzer delegiert.

Der Berichterstatter schließt mit der Feststellung, daß der Bericht ein rosiges Bild aufweist. Es sei aber schon durch den Vorsitzenden des Kongresses zum Ausdruck gebracht worden, daß es nicht unberechtigt sei, zu hoffen, es würde den angegeschlossenen Verbänden bald gelingen, das verlorengewordene Terrain wiederzugewinnen.

In der Donnerstagssitzung fand die Aussprache über den Geschäftsbericht statt. Die Ablehnung der Annahme des russischen Landarbeiterverbandes in die Internationale wurde gutgeheissen, solange nicht der Internationale Gewerkschaftsbund eine andere Stellung zu den russischen Gewerkschaften einnimmt. Der Vorschlag der Finanzkommission, den Jahresbeitrag für das Internationale Landarbeitersekretariat auf 20 Gulden pro 1000 Mitglieder festzusetzen, wurde angenommen.

Dann sprach Waller (England) über Mindestlöhne in der Landwirtschaft. In England sei schon 1906 versucht worden, Mindestlöhne für die Landarbeiter einzuführen. 1917 seien paritätisch befreite Körperschaften zur Regelung der Lohnverhältnisse eingestellt worden, die es ermöglicht hätten, die Landarbeiterlöhne von 16 auf 46 Schilling zu erhöhen. Hierfür wurden besonders bezüglich der Erwerbslosen keine Unterstützungen benötigt. Die 70 Stunden-Wochenarbeitszeit sei auf 48 Stunden im Sommer und 50 Stunden im Winter verkürzt worden. In den im Sommer und Beschlossen wurde, das Exekutivkomitee zu beauftragen, Mittel und Wege zu finden, um auch über die Lage der Landarbeiter in anderen Ländern ähnliche Berichte zu beschaffen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Fortsetzung des Bergarbeiterstreiks in Belgien. Die Urkundnung der Bergarbeiter im Vorjahr am Mittwoch ergab 16000 Stimmen für die Fortsetzung des Generalstreiks und 2500 Stimmen dagegen. Die Unternehmer hatten eine erhebliche Reduktion des geforderten Lohnzuges zugesagt, sich aber verpflichtet, zunächst Lohnabnahmen nur nach Schlichtungsverfahren vorzunehmen.

Beilegung

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. September 1924.

Schaufenster.

Vor den Schäfen, die eine Welt von Hunger und Begehrlichkeit wachrufen, nur eine dünne gläserne Wand und doch für den Armen eine Mauer. Er steht davor und seine Augen weiten sich verzerrt. Nicht vor den goldenen Herrlichkeiten und Bierraten, nicht vor den kostbaren Pelzen, die viele tausend Mark kosten, nicht vor den überauswend Luxusdingen, die der Welt des Reichtums so nahe liegen und die sich mit dem Gesam ihres goldenen Schlüssels öffnet. Er steht hungrig vor den Schlächterläden und Bäckereien, und das, was sein Fleisch in Fülle mit herbringen ließ, liegt so nah und ist ihm doch so weit entzückt.

Er steht mit zerrissenen Schuhen vor den Schuhläden und kann nicht zu ihnen kommen. Er steht frierend und verschlissen im Herbstwind, der die blauen Blätter der Straßenbäume vor sich hertriebt, vor den Kleiderläden und kann sich nur in Gedanken in eine der warmen Hölle kleiden. Verbissene Tragik tut sich auf. Das höllische Lied von Hunger und Entbehrung geht da draußen vorüber, bleibt stehen und wendet sich resigniert weiter.

Der ganze bittere Wahnsinn unserer Wirtschaftsordnung passiert steuert. Da humpelt ein altes Weib zu einem Bäckerladen. Ihre tastenden Finger zucken, ihr zahnloser Mund öffnet sich begehrlich, sie stiert hinein, wieder zittern ihre Finger und sie humpeln weiter. Was begehrte sie? Ein kleines Stückchen von dem Kuchen dort, ein köstliches Herrlichkeit dieser Welt? Und Kinder verteilen da draußen die Schäfe. Dir die Semmel, mit der Pfauenkuchen, und sie wissen doch, daß es kaum zum Brot reicht. Erst vor den Schlächterläden! Wie lange hat es kein Fleisch und keine Wurst gegeben? Der Vater ist arbeitslos, die Mutter geht auf Aufwartung. Wie wohl die dicke Wurst da schmeckt. Die gierigen Kinderäugen werden groß, immer größer und über ihre blauen elenden Gesichter fliegt eine Röte.

Dann die verhängnisvollen Frauen. Wie mühsam ist es, mit dem paar Pfennigen hauszuhalten. Wie gern möchten sie zu Hause eine Freude bereiten, das Geld reicht kaum zu dem Notwendigsten. Aber durch die Scheiben locht es und locht es wieder. Wenn sie heute etwas Fleisch — ach Gott, die Kinder brauchen endlich Schuhzeug. Bald kommt der Winter. Seufzend gehen sie weiter. Vielleicht am nächsten Sonntag, wenn der Mann nicht mehr zurarbeiten muß. Welch hohes Gesicht hat die ganze Kultur.

Es gibt so viele Bücher über soziales Elend, es gibt Theaterstücke und Bilder. Aber erschütternder als alles wäre ein Film hier, die hungrig und begierig vor den Schaukästen stehen. Diese Augen nur in den verzerrten Gesichtern, die plötzlich wie Wolfsaugen leuchten, um wieder zurück zu werden. Diese traurigen Augen der Mütter, die ihre Kinder an den Schäfen vorbeiziehen müssen. Diese kinderhaften, deren Jugend um fast alles bestohlen wurde, diese Männer, halb drohend, halb mütterlich, die mit schwerem Schritt weiterstampfen.

Diese Schau aus den gefüllten Löden heraus zeigt eine Welt, an der die meisten mechanisch und abgesumpft vorbeigehen, eine „Welt der Schaukästen“, die wert ist, zu vergehen.

Herabsetzung der Telephongebühren.

Das Reichspostministerium hat einen Entwurf ausgearbeitet über die Herabsetzung der Telephongebühren, der am 30. September dem Verkehrsrat vorgelegt und vorläufig am 1. Dezember d. J. in Kraft treten wird.

Nach dem Entwurf stellten sich die Gebühren wie folgt:

Bis 100 Gespräche	15 Pf.
100—200	14
200—300	13
300—400	12
400—500	11
500 und mehr	10

Die Gebühren für Fernspreche werden wie folgt herabgesetzt:

200—300 km statt 2,25 Mk auf 2,10 Mk		
300—400	2,70	2,40
400—500	3,50	2,70
500—600	3,60	3,00
600—700	4,0	3,30
700—800	4,50	3,70

Eine Herabsetzung der Telegrammgebühren ist nicht vorgesehen.

Messe.

Auf dem Domplatz ist reges Leben. Pudingeruppe werden aufgebaut, Pflaume eingegraben, Drähte gezogen, daneben geschnitten, gehämmert und geziert, und mittan in diesem eisigen Kälte nimmt sich eine Schar von Kindern, die klopfen, irgend eine der durch Kälte jetzt schon verhängten Schenkschädigungen unentzündlich zu erzögern. Verschiedene haben Glück gehabt und erzielten begeistert ihren austrocknenden, nüdigeplagten Kameraden allerlei Einzelheiten von Blütenkronen, von Strohköpfen und Meerwunden, die in irgend einem der oft sehr hässlichen und rohgezogenen Bogen verstecken sind und hierhergetragen wurden, um auf der Messe gezeigt zu werden.

Die Messe beginnt am Sonntag und hat sich wieder ein letztes Mal auf ihrem hohen Platz ausstellen dürfen; denn ihr Rahmen hängt mit dem eisigen Kälte eines Domme zusammen, der man nun sie aus verhängnischen Gründen gern trennen möchte. In der Zeit der Entwicklung und der Blüte der Stadt gab es hier eine ähnliche Spannung. Das war die katholische Alljährliche eine große fröhliche Feier hat, die man nach der noch heute im katholischen Gottesdienst wichtigen Messe benannte. Seit bei solchen Gelegenheiten sich viele Menschen aus der näheren und weiteren Umgebung zusammenfanden, kamen auch viele Ausländer mit ihren Buden höher und es gab neben der Kirche dann ein eifriges Handeln und Handeln. Der eigentliche Anlass dieser Röcke, die fröhliche Feier, verfloss, und der Handel blieb an vielen Orten bis auf den heutigen Tag unter dem fröhlichen Namen „Messe“ übrig. Erinnerst ich besonders an Leipzig und Frankfurt, den beiden bedeutendsten Metropolen Deutschlands.

Die Magdeburg hat die Messe ihre wirtschaftliche Bedeutung verloren. Die Artikel, deren Nachfrage früher bis zur Messe angespannt wurde, gilt es heute ebenfalls zu können. So lange der Sohn ist aus der Messe der Gewandtheit genommen eine Saisonmesse geworden.

In allen Löden und Schaukästen sind jetzt Kleidungsgegenstände, die auf gewisse Schönheit und Qualität der diesjährigen Messe hinzuweisen. Da wird ein Kleidungsanzug irgend einer Art angekündigt. Dann ein anderer Kleidungsanzug gezeigt, und noch viele andere verschiedene Dinge soll man gegen Einschätzungen zu jenen befreien. Auch das Geschäftsjahr ist nicht

Und so werden, Vater und Mutter, auch in diesem Jahre ihnen wenigstens für die 14 Tage ein erträgliches Wechsle weiter zu wünschen.

Und sie werden, Vater und Mutter, auch in diesem Jahre mit ihren Kindern zur Messe pilgern und wieder jung werden mit dem Nachwuchs. Denn so viele hundert Jahre die Messe jährt, sie ist immer wieder jung und neu. Ihren Fleiß verdankt sie nicht allein dem Platz und seiner Umgebung. Inmitten der Stadt steht sie, ist sie selbst ein Teil des Gemeinwesens und nicht bis an den Rand — Peripherie auf deutsch — hinausgeschleuderter Kummelplatz. Hoffentlich bleibt der Platz dieser Messe für eine weitere „Fröhigkeit“ erhalten.

Geht Sonnabend zu dem Kinder- und Volksfest im Herrenkrug!

— Zur Elternheitswahl am Sonntag! Es wählen folgende Schulen von 9—2 Uhr: 2. Volksschule, Altes Fischerufer, Ecke Kamelsberg, Liste Spratte, 4. Volksschule, Kleine Schulstraße, Liste Neubert, Endenburger Knaben-Mittelschule, Helmstedter Straße, Liste Greifau. Und von 8—1 Uhr wählt die erste Neustädter Mittelschule, Nachtweide 29, Liste Nöhring. Stimmzettel am Bahnhof. Eltern-Gemeinschaft für Schulreform und Schulfortschritt.

— Alles wird teurer. Die auf den Stichtag am 16. Sept. berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts hat gegenüber dem Stande vom 9. September (124,7) unter Einfluß der weiter gestiegenen Getreidepreise um 3,1 vom Hundert auf 128,6 angezogen. Von den Hauptgruppen haben sich Lebensmittel von 107,1 auf 115,0 oder um 7,4 erhöht. Die Industriestoffe gingen von 138,9 auf 138,4 oder um 0,4 Prozent zurück. Die Gruppe Kohle und Eisen blieb mit 129,4 unverändert. Die Inlandswaren zogen von 118,2 auf 123,0 oder um 4,1 Prozent nach, während die Einführungswaren von 157,4 auf 156,5 oder um 0,6 Prozent nachgaben.

Die Heide blüht, das Laub beginnt sich zu färben. Das ist die Zeit, wo die Menschen noch einmal hinausziehen in die Wälder, um sich an der schenenden Natur zu erfreuen, um die jetzt eigentlich wirkende Landschaft mit ihrer seltsamen Ruhe auf sich wirken zu lassen, und einen Strauß der nicht so schnell verblühen den Heide mit heim zu nehmen. Darunter war es auch kein Wunder, daß der von der Reichsbahn-Direktion Magdeburg am vergangenen Sonntag in die Leblinger Heide abgelassene Sonderzug eine außerordentlich starke Besetzung — circa 1000 Personen — aufzuweisen hatte. Am nächsten Sonntag soll nun — genügend Beteiligung vorausgesetzt — wieder ein solcher Zug verkehren, und da die meisten Touristen in der Heide keinen Besitz wissen, so seien diese auf den von der Kleinbahn A.-G. Gardelegen—Neuhaldensleben—Weserlingen herausgegebenen mit guter Wegelarie verschenkten Führer, bestellt: „die landschaftlichen Schönheiten an den beiden Kleinbahntrecken Neuhaldensleben—Weserlingen und Neuhaldensleben—Gardelegen“ aufmerksam gemacht, der in der Buchhandlung der „Volksstimme“ für den niedrigen Preis von 30 Pfennig zu haben ist.

— Ein Friedenskartei in Magdeburg. Dem Beispiel anderer Städte folgend, haben sich auch in Magdeburg pazifistisch geprägte Organisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Der Zweck dieses Zusammenschlusses besteht darin, die Gedanken der Völkerberufung und des Völkerbundes in immer weitere Volksbüchern zu tragen. Bisler haben sich dem Friedenskartei angeschlossen: Deutsche Friedensgesellschaft, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Freiheitliche Gemeinde, Monatenbund, Bund der Friedenskämpfer, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Arbeiter-Samariterbund, Sozialistische Arbeiterjugend, Jungsozialisten, Jugendbund Schwarz-Rot-Gold und der Bund religiöser Sozialisten. Dem Kartei kann jede Organisation beitreten, die in ihrem Programm oder in einer Entscheidung ihren Willen fundiert, für den Weltfrieden zu wirken. Gerade in dieser Zeit, wo durch die Geister Verhandlungen eine gewisse Entspannung der europäischen Lage fühlbar wird, ist es Pflicht, die Organisationen gleicher Richtung im Ausland durch intensive Arbeit für den Völkerfrieden zu unterstützen. Alle Anfragen und Ausschreibungen sind zu richten an Frau Clara Van der Valk, Poststraße 8. Zum erstenmal wird das Kartei mit einer Kundgebung am 24. September an die Öffentlichkeit treten, in welcher der Minister der deutschen Friedensbewegung, Prof. Quidde, im Apollo-Saal sprechen wird.

— Ein Kinder- und Volksfest, zugleich Donkfest für die Hilfe der amerikanischen Kinderfreunde ist am Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr auf dem Herrenkrug. Veranstalter ist das städtische Wohlfahrtamt. Von verschiedenen Seiten gingen uns Besucher zu, daß das Konzert von der Stahlhelmkapelle — ausgerechnet — gegeben wird. Selbstverständlich verlangt die Kapelle dafür keine Entschädigung; wir glauben aber, daß sich auch noch andre Musiker gefunden hätten, die sich ebenso uneigennützig in den Dienst der Sache gestellt hätten, wie die Musiker dieser in weiten Kreisen unbekannter Organisation. Es bleibt nun, nachdem der Rücksicht einmal geschehen ist, nur zu wünschen übrig, daß die Leitung des Festes darauf sieht, daß Andersdenkende in ihren Gefühlen nicht verletzt, und „programmwidrige“ Töne vermieden werden.

— Opernabend der Magdeburger Volksbühne. Die Geschäftsstelle der Magdeburger Volksbühne schreibt uns: Am Dienstag den 23. September wird Rosaris Oper „Die Entführung aus dem Serail“ als Sonderverstellung der Magdeburger Volksbühne im „Wilhelm-Theater“ gegeben. Niemand, somit es ihm die Mittel erlauben, sollte versäumen, sich diese hübsche Oper anzuhören, die sich durch ihre gefällige leichte Musik besonders auszeichnet. Karten sind zu ermäßigten Preisen für Mitglieder in Höhe von 1 bis 3 Mark an unsern Konzertstischen Hemmrichshofen und Buchhandlung Volksstimme zu haben. Auch Eintrittskarten zum Preis von 40 Pfennig werden in der Buchhandlung Volksstimme abgegeben. Da größere Nachfrage einzehen wird, ist jährlinige Vorauszahlung der Karten zu empfehlen.

— Verband hemmatischer Vereine. Anlässlich der 9. Tagung des Verbandes homöopathischer Vereine Mitteldeutschlands findet am Sonnabend 20. September, abends 16½ Uhr, in der Villa der Schule Dreiecksgasse ein Vortrag: „Der Heilungszug und die Homöopathie“ vor, zu dem die Mitglieder der beteiligten Vereine, sowie Freunde und Gönner unserer Bemühungen eingeladen werden. Gesangsdarbietungen von Frau Buzel-Dippner und Herrn Dr. Voigt werden den Abend verschönern.

— Gegen die Krebskrankheit. Der Krebs ist eine schwere, in den letzten Jahrzehnten immer mehr hervortretende Volkskrankheit. Sein Beginn ist meist ohne Schmerzen. Nur der Zelltum ist instande, schon frühzeitig zu entzünden, ob eine Behandlung oder eine Geschwulst freibürig ist oder nicht. Zur Behandlung des Krebses dienen toxische, ionische Substanzen, Verzweigung roher Nahrungsmittel, unreinen Trinkwassers, zerstöriger Chemos, zu heißen Speisen, zu kalter Getränke, Achtung auf regelmäßige Stuhlgangserhaltung. Sanitätsverein für Frauen, Beratung beim Bericht mit Hausärzten, Erziehung von Alkoholmissbrauch und anderen. Der Krebs ist belastbar, aber nur durch Operation. Wo durch irgendeine krankhaftere Reaktion angezeigt, ein Krebs geherrscht werden ist, da ist es überhaupt kein Krebs gewesen. Am häufigsten beherrscht der Krebs die Verdauungsorgane. Lang andauernde Stuhlgangserkrankungen, Geißel des Krebsleidens der Rektum in der Gegend der Herzgrube erfordern eine eingehende Untersuchung der Speiseröhre, ebenso mit der Sonde. Vergärungen, Knoten, Blasen, die

unter entsprechenden Maßnahmen nicht nach kurzer Zeit verschwinden, sind verdächtig. Der Unterleibstreß bei Frauen beginnt gleichzeitig mit Unregelmäßigkeit der Ausscheidung und ist in seinem Beginn oft mit dem bloßen Auge nicht erkennbar. Der im Beginn erkannte Gebärmutterkrebs ist sicher heilbar durch einen verhältnismäßig ungefährlichen Eingriff. Etwa 40 Prozent der Gebärmutterkrebs werden jetzt schon durch die operative Entfernung dauernd geheilt.

— Auch ein Fund! Auf dem hiesigen Nordfriedhof wurde am 17. d. M. ein Säusel gefunden. Da der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht, so sind der Kriminaldirektion Angaben über die Herkunft des Säusels erwünscht. Verschwiegenheit wird auf Wunsch gesichert.

— Großer Seidenrabdstahl. 1000 Mark Belohnung für Ermittlung der Diebe. Am 18. d. M. abends zwischen 8 und 9 Uhr ist der Nebeneingang eines Geschäftes am Breiten Weg gewaltsam erbrochen und ein großer Posten Seidenstoffe verschiedener Art gestohlen. Als Täter kommen 3 jüngere, unbekannte hellgekleidete Männer in Frage, die um diese Zeit größere Pakete tragend aus diesem Geschäft kamen und in der Alten Ulrichstraße verschwanden.

Alles der Jugendbewegung.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

An alle: Sämtliche Jugendveranstaltungen am Sonntag morgen fallen aus. Alle beteiligt sich geschlossen an der Kundgebung im „Hofjäger“. Sonnabend 1½—2 Uhr: Baden im Wilhelmshafen. Leitung: Peetzling und Nahrstedt. Die Gruppen müssen abrechnen.

— Alte Neustadt: Treffpunkt: Freitag 7 Uhr am Handelshafen zum Lichtbildvortrag, Sonnabend 3½ Uhr am Handelshafen zum Baden, Sonntag 9 Uhr am Handelshafen zur Kundgebung, Sonntag 2 Uhr am Handelshafen zum Spielen, Dienstag, ältere Gruppe 8 Uhr Vortrag, jüngere Gruppe 1½ Uhr Werkabend, Mittwoch Musikerabend, Donnerstag, jüngere Gruppe 1½ Uhr Zeitungsschreiberei. Denkt an die Gutscheine.

— Altstadt: Sonntag 1½ Uhr am Alten Markt: Treffen zur Kundgebung. Montag 1½ Uhr Turnhalleabend in der Turnhalle Oranienstraße.

— Neue Neustadt. Sonntag 9 Uhr: Treffen Nicolaiplatz zur Antikriegskundgebung. Donnerstag 8 Uhr: Schule Umfassungsstraße: Lieder- und Spielsabend. (Leitg. M. Scheer und L. Hirsch.)

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Wilhelmstadt. Am Sonnabend den 20. September, abends 8 Uhr, Fahnenweihe im „Wilhelmspark“. Alle Republikaner sind eingeladen. Die Mitglieder zur Fahnenweihe in Stendal müssen umgehend an den Abteilungsleiter erfolgen.

Die freiwerkschaftlich organisierten Mitglieder des Reichsbanners beteiligen sich am Sonntag den 21. September morgens 10 Uhr an der Veranstaltung „Nicht wieder Krieg“ im Hofjäger, seiner darf fehlen.

— Neue Neustadt (Sugendabend). Am Sonntag den 21. September morgens 6½ Uhr, Antritt bei Georg Winter.

Spieleute Volljährig Sonnabend pünktlich 6½ Uhr Hauptbahnhof.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Sonnabend (1. Antrettsabend): Torquato Tasso. — Sonntag: Der fliegende Holländer.

Wilhelm-Theater. Sonnabend zum festen: Gaskpiel des russisch-deutschen Theaters „Der blaue Vogel“. — Sonntag: Das Baby.

Freie Volksbühne Magdeburg. Zur Eröffnung der Spielzeit 1924/25 Großer Schauspielabend („Die Weber“) am Freitag den 26. September, abends 8 Uhr, in Friedrichs Festsaal Adelsheimring.

Städtische Theater.

Stadttheater. Sonntag den 21. September. Der fliegende Holländer. Zu der Aufführung „Der fliegende Holländer“ werden die Partien wie folgt besetzt: Senta: Fr. Voebbe, Mar: Frau Klara, Holländer: Herr Gaebel, Oland: Herr Springer, Erik: Herr Rosem, Steuermann: Herr Rohstien.

Wilhelm-Theater. Heute. „Der blaue Vogel“ sein Gaskpiel. Nur vielfache Anfragen sei ausdrücklich mitgeteilt, daß eine Verlängerung oder Wiederholung des Gaskspiels ausgeschlossen ist. Am Sonntag geht in freier Vorstellung, Abgang 7½ Uhr, die Schwanzoper „Das Baby“ in Szene, die bei ihrer Erstaufführung bei Presse und Publikum großen Erfolg erzielte. Nur durch das Gaskpiel der Russen konnte bis jetzt eine Wiederholung nicht stattfinden.

— Belastung des Kaufmannsgerichts durch die Gottfried Keil A.-G. Der Centralverband der Angestellten schreibt uns: Die Berufsgesetzbarkeit ist ein Fortschritt in der Rechtsprechung, da durch ein vereinfachtes und daher schnelles Verfahren die Arbeitnehmer bald zu ihrem Recht kommen. Ein Angestellter oder Arbeiter ist nicht in der Lage, auf seine Fortsetzung monatelang zu warten. Dieses schnelle Verfahren wird aber in Frage gestellt durch Firmen wie Gottfried Keil, die das Kaufmannsgericht auf schwerste Belastung. Ein Angestellter konnte ein Zeugnis, wo der Arbeitgeber beim Auscheiden eines Angestellten gesetzlich verpflichtet ist, erst nach 8 gerichtlichen Ladungen und 3

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wanzleben.

Groß-Ottersleben. Bei der am Sonnabend, abends 8 Uhr, stattfindenden Versammlung müssen die Kameraden alle erscheinen. Ganz besonders werden die ausgebildeten Spielerne eingeladen. Diejenigen Kameraden, die noch keine Mitgliedskarte haben, können sie dort empfangen, auch Neuanmeldungen werden in der Versammlung entgegengenommen. —

Langeweddingen. Eine Parteiversammlung findet am Sonnabend abends im „Treppenhaus“ statt. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, darf keiner fehlen. —

Kreis Jerichow 1.

Badeburg. Die Arbeiterjugend hat für die nächsten Wochen folgende Veranstaltungen vorbereitet: Am 19. d. M.: Freitag; 21.: Schlags- und Handballspiele; 23. und 26.: Feierabende; 28.: Volksstunde; 30.: Übungstag. Alle Arbeitnehmer werden gebeten, ihre Kinder in die Veranstaltungen der Jugend zu schicken, damit sie zu aufrechten Menschen und überzeugten Sozialisten erzogen werden können. —

Stadtteil Burg.

Nie wieder Krieg! Am Sonntag findet im „Kongerthaus“ eine Demonstration und Kundgebung gegen den Krieg, für Völkerveröhnung statt. Als Redner ist der bekannte Gewerkschaftler Friedrich Tarnow (Berlin), Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gewonnen. Es ist notwendig, daß sich an dieser Kundgebung sämtliche Gewerkschaftler, Friedensfreunde und Republikaner beteiligen. Die Versammlung beginnt vormittags 10 Uhr. Der Sängerkorps Burg wird durch seine Mitwirkung die Kundgebung feierlicher gestalten. Die Parole muß sein: Keiner darf am Sonntag fehlen! — Zur Freitagswahl werden noch Genossen zur Mitarbeit benötigt. Die Wahlen sind für die Arbeiterschaft von großer Bedeutung. Es muß daher erwartet werden, daß sich jeder Genosse am Wahltag zur Verfügung stellt. Genossen, meldet euch am Sonnabend nachmittag im Parteibureau, Gewerkschaftshaus! —

Reichsbanner. Den Mitgliedern des Reichsbanners zur Mitteilung, daß infolge der Kundgebung für den Frieden die Übung nicht stattfindet. —

Kreis Kalbe.

Förberstedt. Antikriegstag. Zur Erhaltung des Friedens, zur Errichtung einer internationalen Verständigung und zur Bekämpfung des Krieges mit seinen unermesslich schrecklichen Folgeerscheinungen veranstaltet der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und andre Verbündete des Friedensgedankens am 21. September in ganz Deutschland einen Antikriegstag. Zu diesem Zwecke findet am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, in der „Linde“ eine öffentliche Versammlung statt. „Nie wieder Krieg!“, so lautet das Thema, das ein angewandter Referent behandelt. Es gilt an diesem Tag, alle Volksgenossen mit dem Gedanken des Friedens und Völkerveröhnung vertraut zu machen. Millionen Tote, Krüppel, unzählige Kranken, wirtschaftlicher Niedergang, ungheure Arbeitslosigkeit und unermeßliches Elend sind die Folgen des Krieges. Es gilt darum, das Volk aufzuklären und unsre Nachkommen vor weiteren Kriegen zu schützen. An alle Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen sowie an alle, die den Frieden wollen, ergeht der Ruf, diese Versammlung zu besuchen und den Gedanken des Friedens in alle Welt hinauszutragen. — Schwärze ist rot. Am Sonntag, zum Feste des „unpolitischen“ Landesverteidigungsvereins, hatten mehrere Einwohner, darunter auch einige Geschäftsfreunde, die Monarchistenfahne gehisst. In den Händen dieser Leute scheint ein Stillstand eingetreten zu sein, sonst müßten sie doch wissen, daß sie in einer Republik leben und die Farben dieser Republik Schwarzrotgold sind. —

Kalbe. Ortsausschusssitzung. Schiller gab zunächst ein Bild von dem Bestand der freien Gewerkschaften. Aufbau und Ausbau der Organisationen sei heute die wichtigste Aufgabe. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie gegenwärtig vorherrschend sind, sind eine Folge der Inflationszeit, und es muß heute dazu übergegangen werden, die Organisationen wieder so auszubauen, daß sie als ein Machtfaktor gegenüber dem Kapital betrachtet werden können, und zum andern, um den Mitgliedern das bieten zu können, was der gewerkschaftlich Organisierte von seiner Gewerkschaft verlangen kann. Schwer wirtschaftliche Kämpfe stehen bevor, hervorergerufen in erster Linie durch die Annahme des Dawes-Gutachtens, und um diese Kämpfe bestehen zu können, müssen die Organisationen wieder hoch gebracht werden. Verschiedene Entscheidungen des Reichs-Arbeitsministers lassen keinen Zweifel darüber, daß man drauf und dran ist Verschärfungen für die Arbeiterschaft zu bringen. Die Verhältnisse liegen heute so, daß man auf Arbeitgeberseite auf dem Standpunkt steht, daß, wenn das Dawes-Gutachten erfüllt werden soll, mit einer Verlängerung der Arbeitszeit gerechnet werden müsse. Es soll damit erreicht werden, daß Deutschland billiger produzieren könne auf Kosten der Arbeiterschaft. Da über den Inhalt des Dawes-Gutachtens vielfach noch Unkenntnis herrscht, soll in einer der nächsten Versammlungen darüber Näheres gesprochen werden. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, in-

sonderheit die Funktionäre, dann wird es auch mit den Gewerkschaften wieder aufwärts gehen. Aus einzelnen Betrieben der Textilbranche konnte wenig Erfolisches berichtet werden. Hier soll Bandel geschafft werden. Das Programm zum Antikriegstag könnte noch nicht mitgeteilt werden. Auf die Beaufsichtigung, welche an diesem Tage international stattfindet, sei jedoch trocken schon hingewiesen, sie muß einen Maßstab aufweisen. Außer einem Referat werden Gesangsbeiträge, turnerische Darbietungen usw. geboten. —

Wie wieder Krieg!

In mehreren Kundgebungen wird am Sonntag den 21. September das Proletariat und seine Jugend eintreten für den Gedanken friedlicher Zusammenarbeit aller Völker. Der internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Jugendinternationale haben dazu aufgerufen.

Niemand hat mehr die Verpflichtung vor der Menschheit, alle Kraft zur Verhütung kommender gewaltfester Auseinanderseufzungen aufzuwenden, als die Millionen, denen aus dem leichten furchtbaren Völkerkrieg das größte Leid entstand. immer wieder müssen die zahllosen Opfer vor unsren Augen, immer wieder müssen der Hunger der Alten und das Elend der Kinder, immer wieder auch der ungemein verschärzte Kampf des Gesamtproletariats um seine Existenz uns zusammenführen in dem festen Willen,

neuen Krieg im Keime zu ersticken!

Darum soll aus unserer Erziehung, Arbeit der niedrige Völker- und Klassenkampf weichen; darum sollen der Wert der Arbeit und die Notwendigkeit friedlicher Entwicklung unter gleichem Rechte von uns immer wieder hervorgehoben werden.

Und was für die Völker gilt, gilt auch für jeden einzelnen, gilt auch insbesondere für unsre Klasse.

Heraus aus Not, Elend, wirtschaftlicher und geistiger Unterdrückung! Das ist der Kampf um Ewiges und Hoches, den wir zu führen haben. Und er bringt die Befreiung der Menschheit, ein Ziel, und das es sich zu kämpfen lohnt mit den Waffen des Geistes.

In diesem Sinne soll sich das Jungproletariat am 21. September überall mit den Alten zusammensetzen, sollen die gewaltigen Kundgebungen ein lebendiges Zeugnis sein für den starken Willen der arbeitenden Massen:

Wie wieder Krieg!

Altmark.

Gardelegen. Antikriegstag. Die Gewerkschaften wollen am Sonntag den 21. d. M. in der „Neuen Welt“ einen Antikriegstag veranstalten. Das Programm ist folgendes: Vormittags 11 Uhr Stadtniederlegung auf dem Ehrenfriedhof. Da der Umzug nicht genehmigt wird, soll die Nachmittageveranstaltung ausspielen, Henneberg aus Magdeburg wird die Rede am Abend halten. Darauf wird sich ein Theatervorstellung schließen, bei der: Im Reich des Sozialismus. Eintritt 50 Pf. Es kann wohl erwartet werden, daß sich alle Gewerkschaftsmitglieder mit ihren Angehörigen zahlreich an den Veranstaltungen beteiligen werden. immer wieder muß den Menschen die Fluchtburgdignität des Krieges ins Gedächtnis zurückgerufen werden. Dann wird uns einst eine bessere Zukunft strahlen und anstatt der Kriegsfänge wird sich in den Kindern und Kindeskindern das Wort fortpflanzen: Nie wieder Krieg! —

Tangerhütte. Anlässlich des Antikriegstages findet am Sonnabend abends 8 Uhr in der „Flora“ eine öffentliche Versammlung statt. Ein außwärtiger Redner spricht über „Nie wieder Krieg!“. Die Einwohnerchaft von Tangerhütte und Umgegend, vor allem die werktätigen Volksgenossen, werden hierzu herzlich eingeladen. —

Tangerhütte und Umgegend. Wie wieder Krieg! Hierüber spricht in öffentlicher Versammlung am Sonnabend den 20. September, abends 8 Uhr, in der „Flora“ Parteisekretär Genosse Müller, Stendal. Massenbesuch wird erwartet. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Köbelz. Antikriegskundgebung. Aus Anlaß des internationalen Antikriegstags findet für Köbelz und Umgegend am Sonntag abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus eine große Kundgebung gegen den Krieg statt. Redner ist Gauleiter Genosse Walter Röder (Magdeburg). Frauen und Männer aller Bevölkerungsschichten, erscheint zahlreich zu dieser Kundgebung gegen den Massenmord. Wie wieder Krieg! —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Borne. Achtung! Auf zur Fahnenweihe nach Borne-Bisdorf am 28. September. —

Gieendorf. Die Ortsgruppe beteiligt sich an der Fahnenweihe in Gieendorf am kommenden Sonntag. Kameraden, es gilt, wie überall, geschlossen zu erscheinen. Diejenigen Kameraden, welche den Zug begleiten, müssen 1.28 Uhr absfahren. Abfahrtzeitung 12.30 Uhr beim

Kassierer J. Müller, Ede Förderstedter Straße. Restlos und pünktlich erscheinen! —

Schönebeck. In einer gut besuchten Versammlung wurde die Beteiligung der Ortsgruppe an den Fahrtwochen am 28. September in Borne-Bisdorf und am 5. Oktober in Barby festgelegt. Nach Borne fährt die gesamte Fahrfahrergruppe. Unter sehr jähriger Beteiligung ist die an der Wehr in Barby. Damit verbünden eine Propagandafahrt durch einen Teil unserer Kreis-Ortsgruppen. Es soll dies ein würdiger Abschluß unserer diesjährigen Beteiligung werden. Die Ortsgruppe Schönebeck tritt in stärkster Aussbildung an. Die Beteiligung sind bereits eingeleitet. Die Kameraden werden gebeten, schon jetzt ihre Fahrtkarten zu lösen, damit die Fahrgelegenheit sicher gestellt wird. Kameraden! Zeigt euren oft bewährten Opferwillen und dankt den Kameraden der Ortsgruppen, deren republikanische Tage noch bevorstehen, ihren Besuch bei uns durch stärkste Beteiligung unterstützen. Die Zusammenkünfte der Jugendabteilung finden jetzt regelmäßig jeden Freitag in der „Vogelschule“ statt. Neuankündigungen werden dort entgegengenommen. Die Herbst- und Wintermonate dienen der inneren Festigung der Ortsgruppe. Die Mitarbeit jedes einzelnen ist dazu erforderlich. Für Groß-Salze findet in der nächsten Woche eine besondere Werbeveranstaltung statt. —

Biere. Zu einer eindrucksvollen republikanischen Kundgebung schließt sich die Bannertweile. Im Ort waren viele Häuser und Wohnungen mit Fahnen und Fähnchen geschmückt. Die Einwohnerchaft nahm regen Anteil an der republikanischen Veranstaltung. Unter den Kämpfern der Marchmusik legte sich der statliche Zug in Bewegung. Auf den Feierabend nahmen die Reichsbanner-Mitglieder im Bierzelt Ausschluß. Der Arbeitersangverein Eickendorf trug volksfesthaft das Reichsbannerlied vor. Dann hielt Kamerad Appel die Weihereide. Die Reichsbanner-Organisation ist der Wegweiser für eine neue Zeit für Völkerverständigung und Völkerfrieden, für ein neues Deutschland unter den Reichsfähren Schwarztrotgold. Mit der Mahnung treu zum Reichsbanner und zur deutschen Republik zu stehen, übernahm der Redner die Fahne des Bannerträgers. Dann zog der Zug vor die Kirche. Am Denkmal der im Weltkrieg gefallenen Kameraden sprach Kamerad Appel und legte einen Kranz mit Schwarztrotgoldener Schleife nieder. Die Musik spielte: Ich habe einen Kamerad:n. Dann ging es im Festzug durch das Dorf und bei Konzert und Tanz vergingen die Stunden in kameradschaftlichem Geiste. —

Kleine Chronik.

Der Sohn vom Vater erschlagen. Die Ehefrau des Stellenbesitzers Stehr in Herrndorf (Bautzen) fand ihren 21 Jahre alten Sohn tot im Bett vor. Die Umstände ließen darauf schließen, daß der junge Mann ermordet war; am Kopfe, nicht am Halsansatz, gerade über der Nase, zeigte sich eine tiefe Wunde, die anscheinend von einem heftigen Schlag mit einem scharfen Beile herührt. Das Bett und die Wand waren mit Blut besetzt, sogar an der Hinterecke waren Blutspuren. Wegen Verdachts des Mordes ist der Vater Stehrs verhaftet worden. —

Lynchjustiz. In Quitschka bei Halle entstand dadurch ein Aufruhr, daß ein 18jähriger junger Mann, der eine Obstplantage bewirtschaftete, einen 15jährigen Knaben erschoss. Das Geschöpf hatte die Halschlagader zerfetzt. Die empörten Dorfbewohner schlugen den unglücklichen Schützen darunter, daß er schwer verwundet zum Tode gebracht werden mußte. Der Arzt ordnete die sofortige Lebensorthung in das Kreiskrankenhaus nach Halle an, aber die empörte Menge, die das Haus des Arztes belagerte, ließ den Transport nicht passieren. Sie wollte den jungen Menschen tötschlagen. Der Landjäger mußte Verstärkung herbeiholen, um die aufgeregte Bevölkerung von der Lynchjustiz abzuhalten und zur Freigabe der Strafe zu veranlassen. —

Überschwemmungen in Japan. Wollenbrüche von gewaltigem Ausmaß führten in Tokio und seiner unmittelbaren Umgebung zu einer katastrophalen Überschwemmung, von der auch die Hauptstadt selbst betroffen wurde. Einer Meldung zufolge sollen rund vierzigtausend Häuser unter Wasser stehen. Von der Ortschaft Kengamura, die durch manchhohe Wasserslutten von der Außenwelt abgeschnitten ist, fehlt jede Nachricht. Man befürchtet, daß dreihundert Einwohner ums Leben gekommen sind. Sechs weitere Dörfer wurden ebenfalls von den Fluten überwältigt. —

Eine Totenammer im Kirchturm. Im Turm der alten Marienkirche in Neubrandenburg befindet sich eine unheimliche Totenstätte, die bisher selbst vielen Neubrandenburgern unbekannt war. Vor etwa 600 Jahren wurden verstorbenen Personen der Stadt, Bürgermeister, Ratsherren, hohe Geistliche und Adlige in den großen Gewölben der Kirche beigesetzt. 100 Jahre sind es jetzt her, daß die Gewölbe wegen Einbruchgefahr geschützt wurden und die Toten, die seit Jahrhunderten durchweg in Grünfängen dort lagen, wurden, anstatt auf dem Friedhof beigelegt zu werden, in der lustigen Höhe aufgestapelt. Es sind alles einbalsamierte, jetzt mumifizierte Leichen, die dort oben, über allen Häusern der Stadt, in schweren, eichenen, mit Zink ausgeschlagenen Särgen ruhen, auch Leichen von Kindern sind darunter, wahrscheinlich Angehörige der früheren Patrizierfamilien. Bei Blitzschlag oder Feuergefahr ist damit zu rechnen, daß die 60 Mumien samt den Totenkreinen einmal aus der Höhe in die Tiefe heruntergepoltert kommen. —

„Erbarm Dich!“ rief sie, „Du bist besser als wir alle. Guter Pavel, weil Du so gut bist, erbarm Dich unjer... Wir waren immer schlecht gegen Dich, aber erbarm Dich doch, erbarm Dich meines alten Vaters, meiner alten Mutter, erbarm Dich meiner!“

Sie preßte das Gesicht an seine Knie, die sie umschlungen hatte, und sah flehend zu ihm empor. Er war noch bleicher geworden als sie, eine unheimliche Wonne durchschauerte ihn: „Was willst Du?“ fragte er.

„Pavel,“ antwortete sie und drückte sich fest an ihn, „das Fleisch, das Du gestern gebracht hast, hat der Tote, wie sie ihn gefunden haben, in der Hand gehalten, und die Leute sagen — und der Peter sagt auch, es ist Gift.“

„Gift?“ Die nächtliche Szene mit Virgil fiel ihm plötzlich ein; ja von Gift hat Dein Alter geredet... Öffnergezählt! Ihr habt den Bürgermeister vergiftet wollen...“

„So wahr Gott lebt,“ beteuerte Winza, „ich hab von nichts gewußt... Und auch so wahr Gott lebt: Es ist nichts böses geschehen...“ Glaub mir. — Der Bürgermeister ist an seiner Krankheit gestorben, nur früher als der Doktor gemeint hat, und das Mittel, das Du gebracht hast, war ein gutes Mittel...“

Man wird es schon sehen bei Gericht, denn es kommt vor Gericht, der Peter will's!“

Scudching, in namenloser Lustregung, brachte sie diese Worte herbei, und ihr starrer Blick hielt den seinen fest.

„Wenn's so ist,“ entgegnete Pavel, „vor was fürcht' ich Dich?“

„Vor was! Weiß nicht, wie die Leute sind?... Wenn die Mutter vor Gericht kommt und wird zehnmal losgesprochen, deswegen heißt's doch, losgesprochen ist nicht unschuldig...“ Die Mutter darf nicht vor Gericht kommen, Pavel — Pavel!“

Sie wiederholte seinen Namen in allen Tönen des Jammer, ihr zarter Körper schmiegte sich schlängenmäßig an ihm empor, und er mit widerstreitender Seele, voll Angst und Groll, verschlang sie mit den Augen.

„Ich kann nicht helfen,“ murmelte er.

„Du kannst! Du brauchst nur zu wollen, Du brauchst nur sagen... sag es, Pavel, guter, guter Pavel!“

„Was denn? was soll ich sagen?“

„Doch Dich niemand geschnürt hat,“ stammelte sie zägernd, daß Du von selbst zu ihm gegangen bist.“

„Von selbst?“ brach er aus, „was werd denn ich von selbst zu ihm gehen? was werd denn ich ihm bringen von mir selbst? ich weiß ja nichts.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Gemeindefind.

Erzählung von Maria von Ebner-Eschenbach.

(20. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Das Göschchen, dem er zweite, wurde von der Rückwand einiger Scheunen und vom Zaune des Bürgermeistergartens gebildet. In der Ecke des letztern angelangt, blieb Virgil stehen. Hinter dem Zaune regte sich... Ein Gestüppel drang an des Alten Ohr, ein zärtliches Liebesglühen, ein Seufzen, Kosen, Küszen, ein Abschiedschnicken für eine Nacht, als wär's für die Ewigkeit... Es sind die Zwei, dachte Virgil, es ist der Rader, der da führt und herzt — der Rader, für den ich hingehend und töten muß... Muß ich... War gestern bei der Beicht, und geh aufs Monat wieder... Und das kommt ich nicht leicht, und dafür gibt's keine Absolution, dafür gibt's nur die Höle. — Am vorigen Sonntag hat der Pfarrer von ihr gesprochen und ihre Qualen ausführlich geschildert.

Der Hirt eilte immer noch vorwärts, seine Zähne schlagen zusammen, es pfeift laut in seiner Brust. Heulen und Zähneplapper, das ist schon die Höle, er trägt sie schon in sich... Würger ihm ist sie aber auch, die Dunkelheit ist Höle... Und was wandert da vor ihm her, was für ein breiter, schwarzer Strich, noch schwärziger als die Finsternis? — Es, der Pavel! bliebt es durch das chaotische Wirral seiner Vorstellungen. Auf ihn — so ruf ihn doch, ermahnt er sich selbst... Wozu? Nun, um ihm das Gift... er denkt es nicht mehr aus. Ihm ist, als ob sein Kopf würde und groß würde wie ein Zehnermarsch und als ob seine Füße so schwach und dünn würden, wie Weinriten; und diese schwachen Füße sollen den ungeheuren Kopf tragen und die Höle, die er in der Brust hat? Das geht nicht, das nicht... Was aber geschieht jetzt? Heiliges Erbarmen... Der schwärzige Strich verändert die Form, hinter dem Virgil einhergeht, der Teufel, der sich nicht einmal nach ihm umsieht, so sicher ist er: Der folgt mir gewiß. Der Hirt schwundet und er bricht zusammen. „Nein!“ würgt er herbor, „nein, ich tu's nicht! Herrgott im Himmel, gebenedeite Dreifaltigkeit, verzeih mir meine Sünden!“ Und vor dem Namen des Höchsten und Heiligsten verriert der Spur, und es ist Pavel, der jetzt über den Alten beugt und fragt: „Was wollt denn Ihr da?“

„Ich, ich?“ schluchzt Virgil und kommt sich mit beiden Händen an ihm fest: „Ich — nichts. Gift hab ich bringen sollen, aber ich tu's nicht...“

Er erhob sich, den Arm Pavel's immer festhaltend, zerrte das Fläschchen und stampfte die Scherben in die Erde.

Lutschi-Bonbonstangen!

Zur Messe! Tom Jack



der Eiskönig!

Ein seltsamer Mensch, ein interessanter Künstler mit schneeweißem Haar und roten Augen.

1000 DM. sieht Tom Jack denjenigen, der Gleiches leistet.

Befreiung aus der Todesfessel!

Wilhelm-Theater.

Gastspiel des russisch-deutsch-Theaters



Der blaue Vogel

Direktion: J. Juschny.

Heute zum letzten Male!

Originalbesetzung! Originalbesetzung!

Successfolge in London, Zürich u. Berlin

Eine Dekoration, Requisiten und Kostüme.

Ernäßigte Preise!

ZENTRAL

Täglich 7½ Uhr
Der letzte große Hartstein-Schlager
Er und sein Zwillingsbruder
Sonderster Schmuck in 2 Bildern.

Außerdem:

Guten Morgen, Herr Fischer!
Sagspiel von W. Friede.
Musik von E. Stiegmann

Sonntag nachmittag:
Bei kleinen Preisen

Der Vetter aus Dingstädt

Operette in 3 Akten 294
von Hermann Heller und Riedemann.
Musik von Eduard Klimke.

Siebenbürgischer Kurzenvorverlauf an der
Theaterstraße und in den bekannten Ver-
kaufsstellen. 294



**Sonntags-Dampferfahrten
nach Hohenwarthe.**

Die Abfahrt: Dampfer der (Gesellschafts-) Reederei.

Stadtteil: Sonntags 12.30 und 10 Uhr.
Rückfahrt 2.30 Uhr.

Stadtteil: Sonntags 8.30 und 12 Uhr.
Rückfahrt wird in Hohenwarthe befohlen.

173

**Wochentags nach
Hohenwarthe
und Niegripp**

Geben Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
abends 5 Uhr und nachmittags 2 Uhr.

Nachfahrt von Niegripp
nachmittags 2.30 Uhr und nachmittags 5 Uhr.

Nachfahrt von Hohenwarthe
nachmittags 10 Uhr und nachmittags 6 Uhr.

Otto Krietsch
Wettinstraße 34. Telefon 321.

Strehlitz (Konfidenzabfall)
Vorsitzender: Robert Krietsch. Tel. 7222.

**Wo bekommt man
Lutschi?**

Strümpfe-Socken

Weine bekannten Gültätaten
zu enorm billigen Preisen

Damen - Strümpfe

Damen-Strümpfe

englisch lang, gute Baumwolle, Doppelsohle u. Hochf., Leder, grau, schwarz Paar

0.65

Damen-Strümpfe

Seidengriff, Doppelsohle u. Hochf., Paar

0.95

Seidenflor-Strümpfe

schwarz und farbig, schöne klare Ware mit Naht, Doppelsohle und Hochf., Paar

1.25

Kunstseidene Strümpfe

Ia. Qualität, prima Florrand u. Florsohle mit Naht, Paar

2.65

Herren-Socken

Herren-Socken

grau Baumwolle, verstärkte Ferse und Spitze Paar

0.35

Herren-Socken

prima Flor, in allen modernen Farben, Doppelsohle und Hochf., Paar

0.55

Herren-Socken

Vigogne, das Beste für empfindliche Füße, prima Qualität Paar

0.65

Herren-Socken

prima Flor und Seidenflor, uni, karierter u. gestickter Paar

0.95

Lutschi-Bonbonstangen!

Magdeburger Wäschefabrik
Kaufm. K. Luthe
Antwerpener Straße Nr. 1
Haushaltzungen extra weit 3.25
Frauenhemden extra 3.00
Sauerstoff u. Einzel 2.80
Damenhemden, Gehleider Unterlagen, Schürze, Kleider-
pölle, Strümpfe, Kleider-
aufzugs Auf Anfrage
extra Anfertigungen!

Unglaublich billig

aber wahr, kaufen Sie
Anzugstoffe in schönsten Muster 3.00
Kammg.-Cheviot schwere Qualität blau 4.00
Kammg.-Cheviot f. Herrn-Anlage 18.00 12.00
Damen-Flausche 6.00 5.00 4.00
Manteltücher in verschied. Farben 11.00
Rörd-Anzüge ja. Passform 27.50
Mansch.-Anzüge beste Qualität 38.00
Arbeitshosen von 6.00 G.-Mt. an
Arbeitshosen von 4.50 G.-Mt. an

E. Pressler
Jakobstr. 7, Ecke Petersberg.

Winterkortoffeln

von Sandboden, jedes Quantum lieferbar, nehmen Bestellungen entgegen

Hubert Bauer & Co., Magdeburg,
— Erzbergerstraße Nr. 18 —
Telephon 4008 und 8034.

Achtung! Verschwunden sind diese Sorgen.

Ratzzänen werden aufgearbeitet für 8 Mark
Schafelongs 10 Mark, neue von 25 Mark
Käufe alte Bestellzänen, Ratzzänen, Schafelongs. Posttarife genügt.

Schmalzsal, Knochenhauerstr. 33.

Schokolade — Zuckerwaren

Lebensmittel

Weine, Liköre, Spirituosen

Zuckerwaren

Billigste Bezugssquelle für Wiederverkäufer

Lagerbesuch lohnend.

Adolph Behrendt

ADORE
Magdeburg, Bismarckstraße 11 —
Fernsprecher Nr. 6870-72.

Bekanntmachung.

Für die Dauer der Beurlaubung des Zweiten Bürgermeisters Lenz hat die Regierung präsident den Stadtrat Krey zum Beigeordneten ernannt.

Tangermünde, den 15. September 1924.

Der Magistrat, Dr. Kaatz.

Bekanntmachung.

Betrifft: Schüler in allen Klassen.
Die diesjährige Räumung der Schule beginnt am Donnerstag den 18. September. Die Schüler müssen hiermit erfuhr, wie alljährlich die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Räumungsarbeiten keine Störungen erfahren.

Burg, den 17. September 1924.

228 Die Polizeiverwaltung.

Danksagung.

Zurückgeleitet vom Grabe unserer lieben Entzogenen unter unvergänglichen Rittern, sagen wir allen lieben Verwandten und Bekannten, besonders Herrn Prof. Schönbach für die trostlichen Worte in der Kapelle und am Grabe sowie den Bewohnern des Hauses Stettiner Straße 19 für die schönen Trauzeugen unsern besterliebten On.

Die treuenden Hinterbliebenen.

Gustav Günther

1496 und Sohn Ernst.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, Alte Poststr. 126, Postamt 17. September. Schifferstraße 18. Postamt 253. Webe, Dorfstraße 12. Weinstraße, 83. Dienstmädchen Dorfstraße, 26. Weidestraße, 14. September. Anna geborene Schmid, verheirathete Stellmacher. Zwainde Robert Heinrich, 75 g. Margarete, 6. v. Kontrollleur Karl Paarmann, 83.

**Wo bekommt man
Lutschi?**

Siegfried Cohn
Webestwaren Breitweg 58/60

Anzeigegerät in gr. Aus-
stattung wahlb. blau

Direkt. b. Waffen-Lösche, Kunststoff-Sackfabrik

Köhlerstr. 13 (Wilhelmstr.), Schützenstr. 18. Tel. 5093.

Säcke

überfüllig, gefüllt

Antonowski, Weinfelder

Laufbursche

überfüllig, gefüllt

Antonowski, Weinfelder

Winterkortoffeln

je ab Freitag 8 Uhr

prima Industrie, hand-
verlesene Ware, zum

Einkellen, zum Ver-
kauf. Bahnhof Alte

Rusehake, Neustädter

Strasse 8, Ferntr. 6519.

Dr. med. Kredt,

prakt. Aerztin,

Bahnhoftstr. 15a, II.

Arkadia

im Fürstenhof

8 Uhr

Die brillanten

Varieté-

Attraktionen

Eintritt frei!

Städtische Theater

Stadttheater

Samstag, 20. Sept.

1. Amtsabend

Zum festenmal!

Torquato Tasso

Stückpiel in 5 Aufzügen von Wolfgang Goethe

Auf. 7½, Ende 10 Uhr.

Wilhelm-Theater

Samstag, 20. Sept.

2. Aufführung

Stückspiel des russisch-

deutschen Theaters

Der blaue Vogel

Dir. J. Sudzits

Auf. 3 Abc., Ende 10 Uhr

Säcke

für alle Zwecke geben

bis ab 1360

Gebr. Rosenbaum

Sack- und Planfabrik

8. Str. Alte Markt

Bettbezüge

weiß, mit 2 Rissen

7.50 6.50

Bettbezüge

bunt gebl.